Die Eigenart der belgischen Arbeiterbewegung.

Von Hendrik de Man.

1. Zehn Jahre Reformismus.

Es hat eine Zeit gegeben, wo man der belgischen Arbeiterbewegung im sozialistischen Ausland ein reges und überaus sympathisches Interesse entgegenbrachte. Das war die heroische Epoche des ersten, siegreichen Wahlrechtsstreiks von 1893, der mit einem wunderbaren Erfolg kämpfenden glänzenden Wahl siege der neunzig Jahre. Damals hatte man für die Arbeiterbewegung unseres Ländchens nur Bewunderung übrig, man betrachtete sie allgemein, indem man sie nach ihren Erfolgen beurteilte, als eine der fortgeschrittensten der Welt. Der zweite, misslungene Wahlrechtsstreik von 1902 brachte darin einige Änderung. Man wurde vielsch noch im Ausland auf die Schwächen unserer Bewegung und die Fehler ihrer Leitung aufmerksam, die damals in dieser Zeitsschrift einer ziemlich herben Kritik unterzogen wurden. Nachher stellte das Interesse für die belgische Arbeiterbewegung beträchtlich ab. Die Wahlrechtsbewegung geriet ins Stocken, die parlamentarische Stärke der Arbeiterpartei blieb nach jeder Wahl so ziemlich dieselbe, und auch im inneren Parteileben erregte sich nicht mehr, was die Aufmerksamkeit unserer ausländischen Genossen stark hätte seßeln können.

Und doch sind diese sensationären Leistungen neun oder zehn Jahre aus der Geschichte der belgischen Arbeiterpartei keineswegs die uninteressantesten. In dieser Zeitpanne sind die revisionistischen oder, wie man hierzulande zu sagen pflegt, reformistischen Tendenzen, die bis dahin nur im Keime vorhanden gewesen waren, zur Reife und zur ungebundenen Entfaltung gelangt. Man kann wohl sagen, daß wir jetzt in Belgien bald ein Jahrzehnt der reformistischen Praxis hinter uns haben werden — zweifellos das längste Experiment, das jemals mit dem „praktischen Revisionismus“ unternommen worden ist, dem also auch im Ausland einige Beachtung geschenkt werden sollte.

Das Eigentümliche an diesem Experiment ist die Tatfrage, daß es nicht etwa die Folge eines Sieges der reformistischen über die radikalen marxistischen Tendenz ist. Von Tendenzen im Sinne bauernder und bürgerlicher Gemeinschaften von Genossen, die über gewisse innere Parteifragen derselben oder ähnlicher Meinung sind, konnte bis vor kurzem in Belgien im Grunde keine Rede sein. Die Konstituierung der sogenannten marxistischen Tendenz, als Gegengewicht gegen den herrschenden Reformismus, datiert eigentlich erst von dem außerordentlichen Parteitag, der im Februar 1909 über die Zeitnahme an einer bürgerlichen Regierung beriet. Bis dahin war die Gruppierung der Meinungen bei den Diskussionen über strittige Parteifragen, zum Beispiel auf den Parteitagen, im wesentlichen zufälliger oder wenigstens vorübergehender Natur gewesen, und sie beruhte keineswegs etwa auf dem Bewußtsein einer Übereinstimmung in der allgemeinen, theoretischen Aushöhlung der Dinge. Um theoretische Auffassungen haben sich die meisten unserer belgischen Genossen bislang überhaupt den Feind gefürchtet; viele unserer hervorragendsten und treibendsten Verfechter der reformistischen Praxis machen gar kein Geheimdaraus, daß ihnen die Theorien des Revisionismus ebenso gleichgültig
Hendrik de Man: Die Eigenart der belgischen Arbeiterbewegung.


Mein Freund de Brouckère und ich, die wir zu dieser Opposition gehören, haben es daher für zeitgemäß gehalten, den Versuch zu unternehmen, die Leye der „Neuen Zeit“ über das Objekt und den Charakter dieses Kampfes zu informieren. Ich werde zunächst versuchen, von der Eigenart des belgischen Reformismus und der Verhältnisse, in denen er wurzelt, einen Begriff zu geben; Genosse de Brouckère wird dann in einer Abhandlung über die politische Kriege die politischen Auflösungen und Konsequenzen dieses Reformismus einer mehr ins Detail gehenden Kritik unterziehen.
2. Das belgische Rätsel.

Die Erkenntnis der Eigenart des belgischen Reformismus, das heißt im Grunde der belgischen Arbeiterbewegung überhaupt, und ihrer ökonomisch-historischen Bedingungen stellt, wenn nicht gar die Tauglichkeit der marxistischen Methode der Geschichtsklärung selber, so doch zum mindesten die Fähigkeit des Forschers, diese Methode richtig anzuwenden, auf eine schwere Probe. Wer der schemalbenhaftigen Auffassung dieser Methode huldigt, die zeitlich nur bei ihren Gegnern gang und gäbe ist, wer also etwa der Aussicht ist, daß der Marxismus darin besteht, die politische und kulturelle Lage eines Landes, die Stärke und den Charakter seines Arbeiterbewegung aus dem jeweiligen Grade seiner wirtschaftlichen Entwicklung allein erklären zu wollen, für den wird allerdings Belgien ein unlösbares Rätsel bleiben. Denn da gibt es Widersprüche genug, über die man nicht so leicht hinwegkommt.

Belgien ist wirtschaftlich äußerst fortgeschritten, aber kulturell sehr rückständig. Es ist das industriellste Land der Welt, aber es wird von einer kleinförmigen Partei regiert.

Nirgendwo ist der wirtschaftliche Massengegenstand zwischen den bestehenden und den nichtbestehenden Massen größer als hier; aber der Gegensatz, der das politische Leben beherrscht, ist der ideologische Gegensatz des Kulturrampfes für und wider den Merkimalismus, und die Linie der wirtschaftlichen Massenaufteilung geht nicht zwischen den bürgerlichen Parteien, sondern zu verschiedenen Gruppen durch sie hindurch.

Nirgendwo sind die ökonomischen Bedingungen für die Entwicklung der Arbeiterbewegung so günstig wie in Belgien: es hat nicht nur die höchste industrielle Entwicklung, sondern auch die größte bestehende Arbeiterbewegung. Die Kleinheit des Landes und ein außerordentlich dichtes Netz von Eisenbahnen ermöglichen es, sich in höchsten Ebenen von einem beliebigen Punkte des Landes in die Hauptstadt zu begeben; der Mineralreichtum des Landes macht aus dem Bergbau und der sich an ihn anschließenden Giftenbearbeitung die maßgebenden Induktionen, so daß die Betriebsschöpfer und die allgemeinen vorgeschritten ist; die Masse des durch Jahrhunderte kommerzieller und industrieller Prosperität aufgewachsenen Kapitals und neuerdings auch die Ausbreitung eines mehr Kolonialgebiets verleihen außerdem der wirtschaftlichen Weiterentwicklung des Landes ein besonders rasches Tempo; aber die gewerbliche Organisation der Arbeiterchaft steht noch in ihren Kinderschuhen.

Nirgendwo ist die sozialistische Partei ausgiebigster aus proletarischen Elementen zusammengesetzt, aber der Geist, der sie hier beherrscht, ist in mancher Hinsicht noch kleinbürgerlicher als etwa in Frankreich.

Der Fall wird erst weniger rätselhaft, wenn man ihn nicht von dem oberflächlich schematisierenden Standpunkt aus betrachtet, der nur in den Augen der Revisionisten als orthograd-marxistisch gilt, sondern wenn man auf die Gefahr hin, von den revisionistischen Hinteren jener sozialen grünen „Orthodoxie“ als Feig erbrandmarkt zu werden, die gegenwärtige Lage Belgiens und seiner Arbeiterbewegung nicht bloß aus dem heutigen wirtschaftlichen Zustand des Landes, sondern aus seiner ganzen Geschichte heraus zu begreifen verführt. Mit anderen Worten, wenn man in dem aktuellen wirtschaftlichen Zustand des Landes zwar die momentane Unterlage des jeweiligen ideologischen und politischen überbaus erblickt, aber zugleich jene national-
psychologischen, religiösen, historischen Faktoren zur Bestimmung der Ge-
staltung dieses überbaus heranzieht, die im lehren Grundes nichts anderes sind
als der historische Niederschlag der wirtschaftlichen Entwicklung vieler Jahr-
hunderte.

Das ganze Problem der belgischen Verhältnisse nach dieser von Marx be-
geründeten ökonomisch-historischen Methode zu lösen, hieße natürlich die Geschichte
Belgiens zum mindesten in ihren großen Zügen schreiben. Wir wollen uns
jedoch hier mit der beschreibenden Aufgabe begnügen, nach dieser Methode die
wichtigsten der Erscheinungen knapp zu kennzeichnen, die die reformistische
Eigenart der belgischen Arbeiterbewegung bestimmen.


Ein eigenartiger aber zum mindesten in keinem anderen Lande so ausge-
prägter Charakterzug der belgischen Arbeiterbewegung ist in der durchaus
eigentümlichen — hochstens in gewisser Hinsicht mit jener der Schweiz ver-
gleichbaren — Lage Belgiens in nationaler Beziehung begründet.

Belgien ist bekanntlich — wenn man von der wenig hochdeutsch
sprachenden Minorität absieht, die einige Streifen Landes in der Nähe der
preußischen Grenze bewohnt — ein zweisprachiges Land, also kein National-
staat. Es vereinigt auf seinem engen Gebiet zwei Völker, deren Sprachgebiete
tauffecht durch eine fast gerade, von Osten nach Westen laufende Linie getrennt
sind: die Vlämien, etwa vier Millionen an der Zahl, im Norden, die Wall-
onen, etwa drei Millionen an der Zahl, im Süden. Die Kulturstruktur der
Vlämien ist das Niederländische, die der Wallonen das Französische. Dennoch
ist Belgien kein Nationalitätenstaat im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Es
besteht wenigstens zwischen den herrschenden Klassen der beiden Landesteile
eine historische Schichtsgemeinschaft ganz besonderer und komplizierter Art,
die die Grundlage ergibt für eine sozusagen nationale Charaktergemeinschaft
der herrschenden Klassen. Während die Masse des Vlämischen Volkes
(unvollständig eines großen Teiles des Kleinbürgertums) durch seine eigene
Sprache und Kultur von dem französisch sprechenden Teile der Bevölkerung
getrennt ist, bedient sich die überwiegende Mehrheit der Bourgeoisie im
vlämischen Belgien des Französischen als Kulturprache. Während sich also
die Interessengemeinschaft der Bourgeoisie der beiden Landesteile mit einer
nationalen Sprachengemeinschaft deckt, ist der Klassegegensatz zwischen der
Masse des Volkes und der Bourgeoisie im vlämischen Landesteil zugleich ein
nationaler Gegensatz.

Auf alle die mannigfachen und für die Erhellung des Wesens nationaler
Gemeinschaften äußerst wertvollen Konsequenzen, die sich aus diesem Zu-
stand ergeben, kann hier natürlich nicht eingegangen werden. Nur die zwei
tatsächlichen Schlussfolgerungen, die auf den Charakter der Arbeiterbewegung
eine unmittelbar bestimmende Wirkung ausüben, wollen wir hier festhalten:
erstens die Tatfrage, daß das vlämische Proletariat von der direkten Be-

1 Ich solle mich hier der Ansicht Kautsky's an, der in seiner Polemik gegen Bauer
(F. Kautsky, Nationalität und Internationalität, Ergänzungsheft der „Neuen Zeit“ vom
18. Januar 1908) die Sprache zum Kriterium der Bildung nationaler Charaktergemein-
schaften macht. Ich gebene die ziemlich vertorrene und im allgemeinen recht wenig bekannte
Nationalitätenfrage in Belgien in der österreichischen Parteizeitung „Der Kampf“ aus-
führlisch zu behandeln.
führt mit der herrschenden, das heißt mit der bürgerlichen Kultur im eigenen Lande ausgeschlossen ist, weil diese auf dem Gebrauch der frankophonen Sprache beruht, und zweitens die, daß diese bürgerliche Kultur sowohl im wallonischen wie auch im ländlichen Landesteil sehr stark von der frankophonen Kultur beeinflußt wird, ja von dieser fast nicht zu unterscheiden ist.

Auf der anderen Seite bewirkt der Mangel einer wirklich nationalen Einheit im Staate, daß der lokale und territoriale Patriotismus in einem Maße ausgebildet ist, daß wohl nur mit dem berüchtigten schweizerischen Kantonsgeist ein Vergleich zulässt.

Es ist übrigens nicht nur das späte Entstehen eines sogenannten belgischen Nationalstaats — der in der Wirklichkeit, wie wir eben gesagt haben, in des Werkes eigener Bedeutung nur ein Nationalstaat der herrschenden Klasse ist —, das für den belgischen Lokalpatriotismus verantwortlich zu machen ist. Es gibt dafür auch positive Ursachen, die in der eigentümlichen wirtschafts-geographicen Bergung des Landes begründet sind.


Und das Gegengewicht eines politischen und kulturellen nationalen Lebens fehlte in den belgischen Provinzen, die einer Fremdherrschaft noch der anderen zum Opfer fielen, noch zu einer Zeit, wo die großen Nationalstaaten der Nachbarvölker schon in höchster Blüte standen. Der daraus entstandene Lokalpatriotismus aber, wie man hierzulande sagt, Lokalismus hat sich bis auf heute erhalten und ist eine der Hauptursachen der organisatorischen Schwäche, die in der belgischen Arbeiterbewegung und insbesondere in ihren Gewerkschaften zutage tritt.

1 Es ist belangvoll interessant, festzustellen, daß dieser Lokalpatriotismus verschiedene Gestalten annimmt, je nach der wirtschaftlichen und politischen Organisationsform, die in der Zeit, in der er entstand, vorherrschend war. In Flandern und Brabant überwiegte die städtische, im wallonischen Belgien der territoriale oder regionale Partikularismus. Nur fällt die wirtschaftliche Blütezeit Flanderns und Brabantis in das spätmittelalter (vom Anfang des dreizehnten bis zum Ende des fünfezehnten Jahrhunderts). Die Zeit der ausgereiften Stadtwirtschaft. Die ländlichen Städte bildeten bekanntlich damals autonome und republikanische, auch die ländliche ländliche beherrschende politische Körperchaften, die in vielerlei Hinsicht an die norditalienischen Stadtrepubliken derselben Zeit erinnern. Der wirtschaftliche Aufschwung der walloonischen Landesteile ist dagegen um ein paar Jahrhunderte jünger, da er sich nicht wie der der flandrischen Städte auf die mittelalterlichen Landesportindustrie, sondern auf den Bergbau stützte. Dieser war naturgemäß nicht in Städten, sondern in geografisch entfernten Städten lokalisiert und hat sich unter einer territorialen Form der politischen Organisation entwickelt.

Es gibt freilich ein paar Ausnahmen, aber diese besitzen die Regel. In der walloonischen Stadt Dinant zum Beispiel leben rein kommunalpatriotische Traditionen fort; aber Dinant ist gerade eine der wenigen walloonischen Städte, die schon im Mittelalter ein reges wirtschaftliches Leben führten. (Dinant war eine berühmte Stadt der Kupferhochbetriebe), und die daher auch in politischer und kultureller Hinsicht den flämischen Städten nahe standen.
Hendrik de Man: Die Eigenart der belgischen Arbeiterbewegung.


Nach der offiziellen Gewerbestatistik von 1896 arbeiteten von etwa 600000 Arbeitern, deren Arbeitszeit festgestellt werden konnte, normalerweise:

- 70000 (also kaum über ein Zehntel) weniger als 10 Stunden täglich,
- 215000 etwa 10 Stunden,
- 95000 arbeiteten 10 1/2 Stunden,
- 100000 arbeiteten 11 Stunden,
- 125000 (also mehr als ein Fünftel) arbeiteten länger als 11 Stunden pro Tag.

Dies ist, wohlgemerkt, die normale Arbeitszeit der Industriearbeiter.

Nach den Ergebnissen derelben Gewerbestatistik stellten sich die Abweichungen von den normalen Arbeitszeiten der männlichen Arbeiter, die erfaßt werden konnten, in rund 7 Zahlen wie folgt:
118000 (etwa ein Viertel der Bevölkerung) verdienen weniger als 2 Mark pro Arbeitstag,
87000 (etwa ein Fünftel) von 2,— bis 2,40 Mark,
100000 (etwa ein Fünftel) von 2,40 bis 2,80 Mark,
116000 (etwa ein Viertel) von 2,80 bis 3,60 Mark.
Und nur 50000, also etwa ein Sechstel der erwachsenen männlichen Arbeiterchaft, verdienen mehr als 3,60 Mark pro Tag!

Die Löhne der 74000 erwachsenen (über 16 Jahre alten) Industriearbeiterinnen betragen:
Für etwa 30000 (also vier Sechstel) weniger als 1,20 Mark pro Tag.
Für 35000 (die Hälfte der Gesamtzahl) von 1,20 bis 2 Mark.
Und nur 9000, also kaum ein Sechstel, verdienen mehr als 2 Mark täglich.

Was die Landarbeiter betrifft, so betrug deren durchschnittlicher Taglohn nach der Regierungsstatistik von 1895:
Bei Beschäftigung durch den Arbeitgeber 96 Pfennig für die erwachsenen Männer und 50 Pfennig für die Frauen. Wenn keine Kost gegeben wird, 1,58 Mark für die Männer und 97 Pfennig für die Frauen.
Es sei hierbei ausdrücklich festgestellt, daß alle diese Löhne seit 1895 und 1896 im großen und ganzen dieselben geblieben sind und nur ganz sporadische Verbesserungen erfahren haben.

Einen Anhaltspunkt für die Feststellung der Reallöhne bietet die Untersuchung des englischen Handelsministeriums der belgischen Arbeiter. Diese Untersuchung stellte zunächst fest, daß die nominellen Durchschnittslohn der drei folgenden, von der Untersuchungskommission als typisch herausgegriffenen und bearbeiteten Arbeitstypen in Belgien und in England folgendermaßen verhalten:
Für die Bauarbeiter (gelernte und ungelehrte) wie 59 zu 100.
Für die Maschinenarbeiter (gelernte und ungelehrte) wie 63 zu 100.
Für die Schreiber wie 69 zu 100.
Für die drei Kategorien zusammen im Durchschnitt wie 68 zu 100.
Nun hat dieselbe Untersuchung festgestellt, daß das entsprechende Verhältnis der Durchschnittslöhne² 74 zu 100 und das der Räumungs- und Sehmittelpreise 99 zu 100 ist. Zufolge dessen würde der englische Arbeiter, der in Belgien in dem Maße des Möglichen so leben würde, wie er es in England tut, dabei um 6 Prozent billiger gekommen. Er würde jedoch dafür 37 Prozent seines Lohnes einbüßen.

Dafür müßte er dann aber auch noch viel länger arbeiten als in seiner Heimat. Denn das Verhältnis der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit in Belgien und in England ist:
Für die Bauarbeiter wie 128 zu 100.
Für die Maschinenbauer wie 114 zu 100.

¹ Report of an enquiry by the Board of trade into working class rents, housing and retail prices, rates of wages etc. in Belgium. London 1910.
² Das heißt, das Verhältnis der Summe, die der belgische Arbeiter für die Miete seiner Wohnung ausgeht, zu der Summe, die der englische Arbeiter für seine (und nicht etwa für eine nach Größe und Zahl der Räume der des belgischen Arbeiters entsprechende) Wohnung ausgeht. Man muß also dabei im Auge behalten, daß der belgische Arbeiter für die niedrigere Miete auch eine entsprechend — tiefer auf Grund meiner eigenen Beobachtungen sagen: mehr als entsprechend — schlechtere Wohnung bekam,
Für die Schriftsfehler wie 114 zu 100.
Für die drei obigen Kategorien zusammen im Durchschnitt wie 121 zu 100.
Derselbe englische Arbeiter würde also in Belgien nur 52 Prozent des Stundenlohns erhalten, der er daheim verdient.

5. Die Akkumulation des geistigen Elends.

Wie gesagt: der Umfang der außerordentlich feinen ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, der sieben Jahrhunderte Kapitalismus, die das belgische Proletariat hinter sich hat, genügt allein schon, die siebenhundertjährige Akkumulation des physischen Elends zu erklären, die auf diesem Proletariat lastet. Und dieses fürchtabare physische Elend bietet seinerseits ebenfalls schon allein eine genügende Erklärung für das geistige Elend, unter dem unsrer Volks leidet.


Das läßt sich vor allem an der Geschichte der flandrischen Provinzen illustrieren, die übrigens deswegen als typisch gelten können, weil sie die Wege des belgischen Kapitalismus und zugleich das klassische Land des belgischen Proletariatelends sind.


wo Arbeit — freilich kaum noch als gelernt, sondern in der Hauptsache nur noch als ungelerte Proletarier. Aber auch dann, wenn sie in der neu aufkom-
menenden ländlichen hausindustriellen Leinwandsfabrikation Beschäftigung fanden, bedeutete das für sie eine erhebliche Verschlechterung ihrer Lage. Denn als Arbeiter im bäuerlichen Landgewerbe hatten sie in der zünftigen Organisat-
ion, die sie sich in blutigen, jahrzehntelangen Kämpfen erwangen hatten, eine Schutz-
wehr gegen die degraderenden Tendenz der primitiven Kapitalismus geschaffen, dem sie ihre Arbeitskraft verkaufsten. Dieser Schutz fehlte ihnen fortan. Sie standen der kapitalistischen Ausbeutung nunmehr völlig wehrlos gegenüber, und zwar Jahrhunderte hindurch — man kann wohl sagen, bis zum Anfang der modernen Arbeiterbewegung.

Dabei waren diese ungelerneten und in der ländlichen Hausindustrie be-
schäftigten Proletariererschichten noch viel besser daran als die Hundertau-
endle, die sich nur noch mit Hilfe von Mänschen am Leben erhalten konnten, die fast ausschließlich von den Möllen und anderen kirchlichen Institutionen kamen. Diese systematische Abnahme der kirchlichen Wohltätigkeit zur Erhaltung einer überaus zahlreichen Bevölkerungszahl — nicht nur eigentliche Lump-
proletarier, sondern zum größten Teil Arbeiter, meist der Hausindustrie, die nicht genug verdienen, um leben zu können — ist heute noch eine der schlimmsten Plagen des belgischen Arbeiterlebens. Sie ist jedenfalls von vorberein eine Hauptzweck der Macht des belgischen Kapitalismus gewesen.

Der flämische Kapitalismus in der Blütezeit seiner Entwicklung (dreizehnste und vierzehnte Jahrhundert) schuf eine beschnittene Masse. In der Periode der wirtschaftlichen Stagnation, die darauf folgte (vom fünffachen bis zum neunzehnten Jahrhundert), wurde er vom Kapitalismus abgelöst, der diese beschnittene Masse erblickt. Der „tote Kapitalismus“ erwies sich als ge-
fährlicher als der lebendige. Dieser hatte große Volkssmassen trock ihrem organi-
sierten Widerstand ins physische Elend gestürzt. Aber jener impfte auf die physische Verleumdung die geistige — die Verbrennung der Massen durch den Kapitalismus —, er machte und erhielt sie wehr- und energielos, er verarbeitete sie zu dem willigen Menschenleib, den der moderne Fabrikkapitalismus bei seinem Erbeugungszug durch die Welt mit irgend einem Lande vorband.

Den Eindruck des Kapitalismus auf die Geistesverfassung und den Bildungs-
grad der belgischen Arbeiter verschafft wird von Genossen de Bruijne in seiner Abhandlung über die politischen Verhältnisse in Belgien ausführlich dargestellt. Ich will hier nur kurz konstatieren, daß es in Belgien noch immer keine Schulpflicht irgendwelcher Art gibt, daß nach der jüngsten Volkszählung (1900) 19 Prozent der über acht Jahre alten Bevölkerung weniger lesen noch schreiben konnten, und daß heutzutage noch etwa 11 Prozent der Rekturen ebenfalls vollständige Analphabeten sind. Dabei ist der bestehende Volks-
unterricht so schlecht, und die Kenntnisse von mindestens der Hälfte der Be-
völkerung, die nicht zum Analphabetentum im engeren Sinne gehören, sind so elementar, daß sie sich nicht insaß fügen, etwa durch ernsthafte Lektüre selber-
ständig zu ihrer „Weiterbildung“ zu arbeiten.

Dieser Zustand ist unter der flämischen Arbeiterbevölkerung am schlimmsten. Ich habe mehr als einmal im flämischen Landesteil vor Veranmlungen ge-
rebet, die zu acht und bis zu neun Zehnteln aus solchen Analphabeten bestanden. Diese Prozentsätze sind freilich selten und kommen nur in Einzelfällen vor, deren Bevölkerung fast ausschließlich aus ungelerneten Arbeiten (wie in
Hendrik de Man: Die Eigenart der belgischen Arbeitervogewegung.


So viel über die „Kultur“ des belgischen Proletariats. Aber auch die kulturellen Nachwirkungen der geschichtlichen Vergangenheit Belgiens für die Bourgeoisie sind, wie wir sehen werden, für die Beurteilung der Umstände, die auf den Charakter der belgischen Arbeitervogewegung bestimmend eingewirkt haben, von nicht zu unterschätzender Bedeutung.


Die sogenannten unteren Volkschichten, die Handwerker, Bauern und Arbeiter und der Mittelstand, hatten in Belgien genau dieselben Gründe, sich gegen


Danach hätte es also den Anschein, als ob die spanische Bourgeoisie, die im sechzehnten Jahrhundert ohne Zweifel auf einer viel höheren Entwicklungssitte stand als die holländische, sich mit noch viel größerem Feuer als diese in den revolutionären Kampf hätte stürzen müssen. Jedoch das Gegenteil geschehen. Die bestehenden Klaffen in den südlichen Niederlanden — von einigen grollreichen Anmahnungen abgesehen — ließen entweder die Revolution im Stiche und schlugen sich ohne weiteres auf die Seite der Spanier, oder sie führten den Kampf mit einer Lautheit und Unentschlossenheit, die um so augenscheinlicher und verhängnisvoller wurde, je mehr sich die wirklich revolutionären bestelten


Um den Vergleich mit Holland zurückzunehmen: die Revolution, die eine Folge der Entwicklung der Gesellschaft zu modern-bürgerlichen Formen war, siegte in Holland und brach in Belgien zusammen, scheinbar trotz der Vorschriften in Belgien weiter vorgeschritten war als in Holland, in der Wirtschaftlichkeit aber gerade deshalb, weil dem so war, das heißt weil die Klassengegensätze in Belgien viel tiefer gingen als in Holland.

Das ist freilich nicht das allein ausschlaggebende Moment, das dabei zu berücksichtigen ist. Auch das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung spielte dabei eine sehr große Rolle. Holland war zur Zeit der Revolution wirtschaftlich mächtig im Auslande begriffen. Dem ganzen Volk — auch dem arbeitenden Volk, von einer kleinen Minderheit endgültig proletarisierte Arbeiter und Lumpenproletarier abgesehen — öffnete sich die Aussicht auf eine neue, viel verbesserte Zukunft, und das ganze Volk erkämpfte sich diese Zukunft.

Das belgische Wirtschaftsleben stand dagegen zur Zeit des Aufstandes gegen die Spanier im Zeichen der Stagnation. 1 Die vorherabgebrochenen Klassenentwicklungen hatten sich im Laufe der vorhergehenden Jahrhunderte vollzogen. Die wirtschaftliche Entwicklung war schon von früher her so weit vorgeschritten, daß die Tiefen der Klassengegensätze die revolutionäre Energie der Bourgeoisie

1 Es gibt freilich Ausnahmen, aber diese bestätigen die Regel. So in erster Linie Antwerpen, das im sechzehnten Jahrhundert einen Höhepunkt seiner Entwicklung als Hafen- und Handelsstadt erreichte. Aber gerade Antwerpens Bevölkerung kämpfte auch am tapfersten und einflußreichsten gegen die Spanier.
paralyisiert; und sie schritt damals zu langsam weiter vorwärts, als daß ihr Bedürfnis nach Glaubensfreiheit und politischer Autonomie stark genug gewesen wäre, die Wirkung hieser lähmenden Macht wieder aufzuheben. Die Arbeitergesichten hatten von der Bourgeoise ihres Landes nichts zu hoffen — sie fehlten sich nicht nach der bürgerlichen Zukunft, sondern vielmehr nach der mittelalterlich-säkularen Vergangenheit zurück, wie es viele Episoden aus ihren Kämpfen und Auseinandern deutlich darin. Die Bourgeoise aber hatte sich schon gesättigt, und das, was sie sich hätte erobern können, war ihr weniger wert als das, was sie zu behaupten hatte: die Ruhe einer ungestörten Verdauung.

7. fünfhundert Jahre ungestörter Verdaunung.


Wenn ich von einer jahrhundertelangen Verdaunungstätigkeit unserer Bourgeoise rede, so ist dieser Ausdruck vielleicht wörtlicher auszufassen, als man es zunächst glauben möchte. Viel mehr als esen, trinzen, verdauen, Kinder zeugen, schlafen und sich zu all dem ben Segen der Massen einfühlen hat die belgische Bourgeoise bis ins vorige Jahrhundert hinein in der Tat nicht getan. Einen selbständigen Anteil am Wirtschaftsleben des belgischen Volkes im siebzehnten, siebzigsten und achttzehnten Jahrhundert hat sie kaum gehabt. Sie hat ihre Kapitalien zum größten Teil in Grund und Boden angelegt, die Bauern zu möglichst intensiver Kultur auf möglichst kleinen Parzellen angezogen und sich ab und von selbst in den Pachten und Renten nicht etwa zu anderen gewinnbringenden Zwecken verwandt, sondern lüftig verpachtet, verpachtet und verjagt. Häufig haben die Unternehmungsaktivisten ihr Geld in Großhandelsgeschäften — und dann vielfach auch noch in solchen, die von Ausländern geleitet wurden — oder in hausindustriellen Unternehmen...

Die Tatsache der hohen Kulturstufe, die Belgien auch im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert insbesondere auf dem Gebiet der bildenden Künste erreichte, steht damit keineswegs im Widerspruch. Es ist eine ziemlich allgemeine Erörterung, dass die ästhetische Kultur einer Geschichtsperiode sich erst dann voll entwickelt, nachdem der Höhepunkt der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Periode bereits überschritten worden ist. Solange die belgische Bourgeoisie noch damit beschäftigt war, sich ihre Reichtümer zu erbauen, hatte sie bei künstlerischen Errungenschaften erst Luft nach Maßen. Aber sobald sie imstande war, von ihren Mitten zu leben und sich das Leben möglichst angenehm und komfortabel einzurichten, entstanden Bedarf an profanen Kunstwerken und zum Teil sogar eine Verfeinerung des Kunststils, die die Welt der vornehmen Malerei im sechzehnten und im siebzehnten Jahrhundert ermöglichte. Im siebzehnten Jahrhundert war allerdings der Höhepunkt auch dieser ästhetischen Kulturperiode schon überschritten, der Massenbedarf führte eine fabrikfähige Produktion herbei, und die Verfeinerung entartete in geselliger und überparteiem Konventionalismus. Die eigentliche Geisteskultur der beständigen Klassen, wie sie sich auf dem Gebiet der Wissenschaft, Literatur und Poesie betätigte, war überwiegend schon vor dem Ende des siebzehnten Jahrhunderts auf ein unglaublich niedriges Niveau herabgefallen. Das Charakteristikum der belgischen Kultur oder richtiger der belgischen Unkultur, das dabei am meisten in die Erörterung trat, war in den sogenannten spekulativen Wissenschaften die absolute Unfähigkeit zu abstraktem Denken und in der Literatur der nicht weniger absolute Mangel an Idealismus. Wohl zeigte die „nationale“ Poesie ein ziemlich ausgebildeter plastischer Kunststil aus, der sich auch noch in den ganz unfertigten Volksdichtungen als instinktive Freude am Farbigen und am Lebendigen offenbart. Die Eigenschaft, die der Literatur das Gepräge gab, war ein sicheres, lebensfähiges Erkennen des Realen, das namentlich in didaktischen Werken und Beschreibungen zum Ausdruck kam; daneben auch noch ein etwas roher und sinnlich-bewegter, aber eben deswegen freudiger Volkszhumor und, wohl jetzt, ein sehr kräftiges sinnliches Temperament, das heißt starke sinnliche Leidenschaften. Diejenigen, die wir, guten Eigenschaften sind als das Produkt einer — für die beständigen Klassen — in materieller Hinsicht hochstehenden und alten Kultur aufzusassen. Die Nebenakte der Medaille aber war das terre-a-terre, das ausschließlich am Materiellen Nebensehen und auf Materielle Gerichtete der Kultur einer Klasse, die sich eines zu langen mühsamen Volksanbotes erfreut und vor lauter Verblendung das Denken verlernt hatte, insbesondere also die Enge des intellektuellen Geschichtskreises und der hohe Materialismus der Gesinnung. 

Die politischen Verhältnisse waren dem auch nicht dazu angetan, das Kulturniveau der belgischen Bourgeoisie zu heben. Bis zu der sogenannten Unabhängigkeitsevolution von 1830 oder zum allermindsten bis zur Vereinigung mit Holland im Jahre 1815 blieb Belgien bekanntlich von fremden Mächten politisch abhängig: erst von Spanien, dann von Österreich und zuletzt von Frankreich. Die beständigen Klassen waren danach wenigstens bis zum Jahre 1815 von der politischen Regierung ihres eigenen Landes aus-
Hendrik de Man: Die Eigenart der belgischen Arbeiterbewegung.

geschlossen. Es stand ihnen nur die Möglichkeit offen, sich mit dekorativen oder subalternen politischen Rollen zu begnügen oder sich in der Sozialverwaltung zu betätigen. Ihre politischer Gerechtigkeit fand sich denn auch bald damit ab — die „hohe Politik“ und die ungefährte Verbaurnung sind zwei Sachen, die sich manchmal gar schlecht miteinander vertragen —, und er beschränkte sich auf das Politisieren en petit comité in den Rathäusern und Territorialverwaltungen. Allerdings erschöpfte ihre politische Gebankenweise und Energie dabei eine ähnliche Einschränkung. In diesem Milieu konnte sich wohl das Procentum der lokalen Größen breit machen; da konnte man wohl mit geringen geistigen und rhetorischen Mitteln kleinliche Eitelkeiten befriedigen; da konnte man sich ohne viel Mühe eine gewisse angenehme Routine des sogenannten politischen Lebens aneignen; da konnten sich die weniger Aufsichtsvollen gar großartig mit behaglichem Herumplätschern in provinzieller Landschafts- und kleinstädtischem Nachbarlatsch die Zeit vertreiben, die Aufsichtsvolleren sich bestenfalls zu trügerischen, erfahrenen Verwaltungspraktiken emporarbeiten; aber große Intelligenz und Talente, Männer mit weitem Ausblick und geschultem Milieu wurden in diesem Milieu nicht großzogen.


1 Als die Revolution wirklich ausbrach, das heißt an dem Tage, wo die halbständigen Truppen in Brüssel einrückten, ergiffen die Führer der revolutionären Bourgeoisie die Taune. Sie stießen die Arbeiter auf den Barriladen allein stehen, damit sie ihnen die Kasamien aus dem Feuer hoben. Von den 456 Revolutionären, die am 27. September 1830, dem Tage der Hauptschlacht, getötet wurden, waren nur 17 keine Arbeiter. Nachdem die Entscheidung zugunsten der revolutionären Bewegung gefallen war, lehrten die bürgerlichen Herren aus Frankreich, dem Vater von Soignes itu, zurück, um sich gegenseitig zu Generälen, Gouverneuren und vergleichsweise zu ernennen und die Posten der neuen Regierung untereinander zu verteilen.

8. Vom belgischen Nationalcharakter.


Nun stünde ich, ich habe leider nicht ganz recht, wenn ich diese „nationale“ Charaktereigenschaften, deren historische Ursachen ich kurz anzudeuten
verfürcht habe, lediglich als Charaktereigenschaften der Bourgeoisie meines Vaterlandes hinzufügen. In diesem kläglich ten Bande der Volksignoranz ist noch mehr als anderswo die Kultur der Nation in der Müßiggängigkeit nicht anders als die Kultur der herrschenden Klasse, und so dürfen diese Charaktereigenschaften bis zu einem gewissen Grade auf unser Proletariat und auf unsere Arbeiterbewegung abgesetzt haben. Unsere Revisionisten legen besonders Gewicht auf die Förderung, der belgische Sozialismus solle mehr und mehr national werden in dem Sinne, daß er sich dem „Charakter des Volkes“ und den „Eigentümlichkeiten des belgischen Temperaments“ anpassen soll. Denn irgend ein liberaler Schlaumeier die belgische Arbeiterpartei wegen dieser nationalen Eigenschaften lobt, dann sind sie gleich aus dem Häuschen vor Freude.

Wozu nur bemerken ist, daß unsere Revisionisten sich damit zu einer geistigen Verwandschaft bekennen, auf die ich zu sein sie gar keinen Anlaß haben. Sie dokumentieren damit nur, daß der Revisionismus als Theorie nichts weiter ist als die Wiederaufnahme durch die nationale-bürgerliche Ideologie und „Charaktereigenschaften“ in der Arbeiterbewegung. Mit dieser Feststellung ist zugleich ein wichtiges Charakteristikum der nationalen Eigenschaft des belgischen Revisionismus gegeben. Denn wir haben gesehen, daß das hervorragendste Merkmal der Kultur der belgischen Bourgeoise, die aus der geistige Kulturgeschichte ist, die Verachtung der, was über den gewöhnlichen „sichert“ die Kulturgeschichte, die Unfähigkeit, sich zu gedankengängen hinauszuwachsen, die nicht ausschließlich unmittelbar unter die Beobachtung der Sinne fällende zugleich der Gegenstand hat, mit einem Worte: die Verachtung, die Verleugnung der Theorie.


Von den tatsächlichen Verhältnissen, in denen die belgische Reformismus seine Wurzeln hat, haben wir nun schon die allgemeine historische Unterlagen kennen gelernt. Es bleibt uns nur noch übrig, zu untersuchen, wie diese Verhältnisse auf die organisatorische Form und den geistigen Inhalt der belgischen Arbeiterbewegung eingewirkt haben.
Da ist in erster Linie die eigenartige Rolle zu berücksichtigen, die die Genossenschaften in der Geschichte der belgischen Arbeiterbewegung gespielt haben und noch spiegeln.


Das sind die übrigens seit dem Anfang der Geschichte der organisierten belgischen Arbeiterbewegung gewesen. Die Konsumvereine sind die Organisation form, die zunächst und verhältnismäßig am leichten zu unserer Arbeiterbewölbung Eingang gefunden und seit der Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die größten Fortschritte gemacht hat.

Den äußeren Anlaß zur Gründung der ersten sozialistischen Konsumvereine bot das Beispiel der englischen Arbeitergenossenschaften, die einzelne Führer der Arbeiterorganisationen Gent (wo die erste sozialistische Genossenschaft — der berühmte Vooruit — entstanden), die wegen gewerblicher Angelegenheiten mit englischen Arbeitern in Verbindung standen, in England kennen gelernt hatten. Der eigentliche Grund jedoch, wesentlich gerade diese Form der Organisation sich in Belgien vorzugsweise entwickelte, ist wohl in der überaus gedrängten Lage des belgischen Proletariats zu suchen, die sich bereits hingewiesen habe. Es war viel leichter, die vor physischem und geistigem Elend vergedenden Arbeitermassen für die Konsumvereine als für die Gewerkschaft oder für die politische Organisation zu gewinnen. Die Jugendsbrigade zur Gewerkschaft setzt voraus, daß der Arbeiter gewillt ist, für einen nicht notwendig in greifbare Nähe liegenden, allen Berufsgenossen gemeinsamen Zweck Opfer zu bringen, und die politische Organisation jugendsbrigade erheischt außerdem sogar noch ein gewisses Bewußtsein der politischen Interessengemeinschaft des Proletariats. Die konsumgenossenschaftische Organisation aber erfordert keine derartige Einflüster und keine derartigen Opfer, sie bietet nur Worteile, und zwar unmittelbare, materielle Worteile. Sie appelliert also an Reise, die noch zu degrediert sind, um für die politische oder für die gewerbliche Organisation als organisationsfähig zunächst in Betracht zu kommen.

Das ist der Grund, weshalb die Genossenschaftsbewegung in Belgien die anderen Formen der Arbeiterorganisation sozusagen überwuchert hat. Aber dieser eigentümliche Charakter der genossenschaftlichen Organisation erläutert zugleich, weshalb dieses Überwuchern, diese genossenschaftliche Hypertrophie für
den Klaffenkampfscharakter der Arbeiterbewegung ganz besonders gefährliche Konsequenzen mit sich bringen kann.


Der Genossenschaftskritizismus ist viel gefährlicher als der parlamentarische oder gewerfschaftliche Kratinismus, weil der Konsumverein im Gegenfaß zu Partei und Gewerkschaft nicht einmal eine Kampforganisation ist und nicht einmal von Natur aus Klaffeninteressen der Arbeiterchaft, sondern rein Konsuminteressen organisiert und vertreibt. Sollen die Genossenschaften wirklich als Kampfmittel des Proletariats eine Rolle spielen und zu seiner Erziehung zum Klaffenbewußtsein beitragen, so muß der Klaffenkampfstandpunkt und der revolutionäre Geist ständig gewissermaßen von außen in sie hineingetragen werden, so muß das Hauptgewicht darauf gelegt werden, die Genossenschaften den Zweck der Gesamtarbeiterbewegung, der gewerfschaftlichen und politischen Aktion und besonders der sozialistischen Bildungsarbeit unterzuordnen und dienstbar zu machen.

Das ist in ausreichendem Masse in Belgien im allgemeinen nur im Anfängsstadium der Genossenschaftsbewegung geschehen. Die Entwicklung, die die meisten Konsumvereine mehr und mehr von diesen Standpunkte abgebracht und auf das Niveau gewöhnlicher, nur auf Gewinn ausgewiesener Handelsunternehmungen hinuntergebracht hat, wird Genosse de Brancove in dem anschließenden Artikel zu schildern haben. Aber daß es so kommen mußte, ist begreiflich genug, wenn man sich die bereits konstatierte Tatsache vor Augen hält, daß es in Belgien von vornehmlich die Genossenschaften gewesen sind, die die Gewerkschaften und die politischen Organisationen ins Schlepptau genommen haben, anstatt umgekehrt. So ist es nicht der Kampfgeist, der in den Gewerkschaften und in der Partei lebt oder leben sollte, der die Genossenschaften durchbringt, sondern umgekehrt sind es die konservativen, kleindärtigen Tendenzen, die in den einseitig entwickelten Genossenschaften großgezogen werden, die auf die anderen Organisationen abstrahlen.

Ich sage: Kleinbürgersche Tendenzen. Und in der Tat entspricht die Geistesverfassung jener Angestellten der Genossenschaften, die dem Genossenschaftskritizismus zum Opfer gefallen sind, durchaus der der Kleinbourgeoisie, des Frankenmuts. Denn wo das revolutionäre Moment des sozialistischen Kampfgeistes fehlt, da ist die Funktion und die ganze Stellung des Genossenschaftsbeamten keine andere als die des Krämers. So zieht — unter den in Belgien vorhandenen Umständen — dieselbe Genossenschaftsbewegung, die den kleinbürgerschen Handel „aufliegen“ soll und die in der Wirklichkeit auch zahlreiche kleinbürgersche Elemente wirtschaftlich vernichtet oder zum mindesten in einen mächtigen Interessengegensatz zum Proletariat verfehlt, inmitten der von ihr organisierten Proletariermassen den Geist des Kleinbürgers-
Hendrik de Man: Die Eigenart der belgischen Arbeiterbewegung.

tums in Reinfultur wieder groß. Damit ist uns schon ein Zeugnis für die Lösung des einen belgischen Rätsels gegeben, daß in dem Widerspruch zwischen der proletarischen Zusammenschlußung der Arbeiterbewegung und den in ihr vorhandenen kleinbürgerlichen Tendenzen besteht.

Da es mir nicht um polemische Zwecke, sondern nur um die Information der Leser der „Neuen Zeit“ zu tun ist, will ich hier auf eine ins Detail gehende Kritik der Zustände in unseren Konsumvereinen verzichten und nur beispielshalber einige als besonders charakteristisch ausgemachte Tatsachen anführen, die die älteste und berühmteste der sozialistischen Genossenschaften Belgiens, die als mustergültig bezeichnet zu werden pflegt, den Genfer Vooruit, betreffen.


Die Agitation auf dem Lande, die früher von der politischen Organisation in Gent geführt wurde, wurde vor ein paar Jahren einer besonders zu dem Zwecke gegründeten — Genossenschaft übertragen. Nach einiger Zeit stellte es sich heraus, daß die Haupttätigkeit dieser Genossenschaft die übrigen in der

1 Für die kleinbürgerliche Auseinandersetzung, die unsere proletarische, sozialistische Genossenschaftsbewegung zum Ziel beherrscht, ist folgendes charakteristisch: In der diesjährigen Berliner Weltausstellung prangte über dem Stande der Federation der sozialistischen Genossenschaften die Inschrift: „Konsumget änder Länder, vereint euch! Die Genossenschaftsbewegung sichert eine gerechte Verhältnis der sozialen Güter!“ Und in einer der jüngsten Nummern des Propaganadgangs des Brüsseler Volksblattes, Maison du Peuple, konnte man folgenden Widerspruch lesen: „Die Konsumvereine hören die Schranken auf, die den besessenen Klaffen trennen.“
Hendrik de Man: Die Eigenart der belgischen Arbeiterbewegung. 21


10. Die Gewerkschaften.


Zunächst ist aus dem Bericht leicht zu ersehen, daß die belgische Gewerkschaftscentrale (die „Gewerkschaftskommission der Arbeiterpartei und der freien Gewerkschaften“) 1908/09 nur für 67000 Mitglieder den Beiträgen das internationale Sekretariat abführte. Anfang 1909 wurde die Zahl der der
Gewerkschaftskommission angeschlossenen Mitglieder auf 73.851 angegeben.1 Die übrigen freien und sozialistischen Gewerkschaften, die sich der Gewerkschaftskommission nicht anschließen, bestehen entweder hauptsächlich nur auf dem Papier, oder sie behaupten, der Beitrag – Notabene 8 Pfennig pro Mitglied und pro Jahr! – sei ihnen zu hoch. Das lehnt ist zum Beispiel der Fall für die Mehrheit der Bergarbeiterorganisationen. Das gibt schon von der inneren Festigkeit dieser Organisationen keinen besonders hohen Beleg. Außerdem aber hat dieser Zustand ein unglaubliches organisatorisches Tausendabnutz zur Folge, um so mehr, als die sozialistischen Gewerkschaften auch denselben Jahresbeitrag an die Arbeiterpartei abführen oder wenigstens abführen sollen und der Partei angehören können, ohne daß sie sich der Gewerkschaftskommission anschließen, und umgekehrt.


<table>
<thead>
<tr>
<th>Gruppe</th>
<th>Mitglieder der Arbeiterpartei</th>
<th>und der Gewerkschaftskommission,</th>
<th>Gewerkschaftskommission,</th>
<th>weder der einen noch der anderen angehörig,</th>
<th>unbekannt (Arbeiter. ob. Gewerkschaftskommission),</th>
<th>der Bergarbeiter</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>I</td>
<td>7149</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>II</td>
<td>31.624</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>III</td>
<td>3718</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>IV</td>
<td>16.486</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>V</td>
<td>22.676</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>VI</td>
<td>45.463</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Insgeamt</td>
<td>138.116</td>
<td>Mitglieder der freien und sozialistischen Gewerkschaften,</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

1 Zwischen ist diese Zahl wieder zurückgegangen. Anfang 1910 betrug sie nur noch 68.518. Im Laufe des Jahres 1910 soll sie dann wieder gestiegen sein; genaue Angaben liegen darüber noch nicht vor.
Diese Statistik, die übrigens trotz der gewissenhaftem Bemühungen des Ver- 
dienstvollen Sekretärs unserer Gewerkschaftskommission, des Genossen Berge- 
man, auf viel zu unzuverlässigen Angaben beruht, erweckt den Anschein, 
als ob die Gesamtzahl der Organisierten von 1906 bis 1908 zurückgegangen 
ware. Das ist jedoch nicht der Fall, die Zählung von 1908 ist nur nach 
einem strenger Grundlagen vorgenommen worden als die von 1906. Der 
einzige zuverlässige Schluß, den diese Statistiken zulassen, ist der einer großen 
umerischen Schwäche und der einer noch größeren Verwirrung und inneren 
Schwäche der Organisationen selber.

Um von dieser Machtlosigkeit der Organisationsform einen Begriff zu 
geben, will ich nur darauf hinweisen, daß beispielsweise viele von den sog- 
ennenben Bergarbeitergewerkschaften im Grunde nur Sparvereine der alten 
privaten Art sind, bei denen die eingezahlten Beiträge das Eigentum des 
gesamten Mitglieds bleiben, das im Falle eines Streiks, der Arbeitslosigkeit 
oder einfach wenn sich das Bedürfnis eines kleinen Schmausen heraufstellt, 
„seiner“ Gelb zu jeder Zeit wieder abheben kann. Die „Gewerkschaften“ dieser 
Art sind allerdings im Verchwunend begriffen, aber so sehr viel besser steht 
es auch nicht um die meisten anderen Bergarbeiterorganisationen. Es gibt da 
sondern die Gewerkschaften, die nur Krankenversicherungsvereine, und andere, 
die zum Teil Freienverband sind; ich habe sogar in einem großen Berg- 
arbeiterdorf eine Jugendorganisation (Junge Garde) gesehen, die zugleich als 
Gewerkschaft fungierte. Die Nationalsozialisten der Bergarbeiter, die größte Ge- 
erkschaftsorganisation Belgiens, deren angegebene Mitgliederzahl 1905 60000, 
1907 50000 und 1908 50000 beträgt, ist erfahrungsgemäß nicht imstande, eine 
einheitliche Lohnbewegung zu führen, aus eigenen Mitteln einen nennenswerten 
Streik zu unterstützen, und versteht nur über einen einzigen Angriffen.

Es wäre freilich unbillig, wenn man diese Charakteristik ohne weiteres 
auf alle anderen belgischen Gewerkschaften übertragen wollte. Insbesondere 
ist seit drei oder vier Jahren eine starke Erörterung in der Richtung zur 
gewerkschaftlichen Zentralisierung nach deutschem Muster in die Erörterung 
getreten, die schon recht nennenswerte Erfolge erzielt hat. Die Wagenbauer 
nachher bemerkt, eine von „Marxisten“ geleitete Organisation — sind 
wohl die ersten gewesen, sich mit zentralgewerkschaftlich organisiert haben, 
was man von den Antwerpener Diamantarbeitern abzieht, die zwar eine 
sehr starke Organisation haben, aber mehr auf traditionistischer Grundlage 
steht und der Gewerkschaftskommission nicht angegeschlossen sind. Die Metall- 
arbeiter haben sich eine Organisation gegeben, die zwar noch auf födera- 
tistischer Grundlage beruht, aber in vielerlei Hinsicht so stark zentralisiert ist 
wie ein eigentlicher Zentralverband. Andere Organisationen, wie die Bau- 
arbeiter, die Schuhmacher, die Tabak-, Hafen-, Fabrik- und Holzarbeiter haben 
sich entweder in Zentralverbände umgewandelt oder sie sind im Begriff, dies 
zu tun. Die Gewerkschaftskommission unterstützt sie bei diesen Bemühren, so- 
weit ihre Kräfte ihr das erlauben (sie verfügt über einen leichten Staat und über einen einzigen Angriffen) und ist bemüht, auch die Gesamtorgani-
isation der Gewerkschaften möglichst zentralistisch auszubauen.

Der Fortschritt ist unverhältnismäßig. Ebenso verheißungsvoll ist aber leider auch die 
Tatfrage, daß er nach immer auf einen starken Widerstand stößt, der sich zum 
mindesten als Gleichgültigkeit und Verdrussigkeit bemächtigt. So vermögen die 
bei jedem verwirrlichen Fortschritte, so beträchtlich und erfreulich sie auch sind,
an der Tatsache der allgemeinen Rückständigkeit der belgischen Gewerkschaftsbewegung vorläufig leider noch nichts zu ändern.


Schließlich kommt noch ein wichtiges Moment zur Erklärung der Schwäche der belgischen Gewerkschaften hinzu, daß die Einwirkung politischer Verhältnisse und politischer, namentlich aus Frankreich übergekommenen Ideologien.

11. französische Einstellungen.

Wie der Kampf ums allgemeine Wahlrecht die belgischen Arbeiterorganisationen um die Mitte der achtziger Jahre zu einer Partei zusammenschloß und bis zur Mitte der neunziger Jahre, zum Teil sogar bis 1902, ihre Kampsfeiernergie ganz in Anspruch nahm, so daß sowohl die Gewerkschaftsaktion wie die eigentliche Bildungsarbeit dabei nicht aus ihren Rechnungen gingen, das ist ein Thema, das Genosse de Brueckere in dem anschließenden Artikel zu behandeln habe würden. Ich will hier nur noch auf eine Erscheinung hinweisen, die für die Erzielung des politischen Gleichheitsrechts der belgischen Arbeiterpartei von der größten Bedeutung ist, nämlich auf den Einfluß Frankreichs.


Kein Wunder also, daß die Arbeiterbewegung namentlich in dem wallonischen Landesteil starke Spuren französischer Einstellungen aufweist. Das politische Erwachen der wallonischen Arbeiterchaft hat sich überhaupt fast aus-
Hendrik de Man: Die Eigenart der belgischen Arbeiterbewegung. 25

schließlich unter der Einwirkung von aus Frankreich herübergekommenen Ge-
danken vollzogen. Diese Gedanken entstammten keineswegs ausschließlich dem
geistigen Arsenal des proletarischen Sozialismus, sondern so ziemlich allen
revolutionären Bewegungen und gesellschaftlichen Systemen, die Frankreich in
der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts herorgebracht hat und die
zum größten Teil kleinbürgerlichen Ursprungs sind. Bemerkenswert ist
da zum Beispiel, daß bei dem großen Hungerausstand der wallonischen
Arbeiter vom Jahre 1886, in dem übrigens aus Frankreich herübergekommene
Agitatoren eine Rolle spielten, die Haupfverteidiger der Arbeitstäfen nicht
ein wenig wirtschaftlicher, sondern rein politischer Natur waren. In ihrer Sippe
stand die Republik. Wenn man in Betracht zieht, daß die Verfassung und
die politischen Einrichtungen der belgischen Monarchie im Grunde viel repub-
likanischer sind als die Frankreichs, und daß allenfalls die Einführung der
republikanischen Staatsform in Belgien unter der Herrschaft der Bourgeoisie
nur eine rein formale Änderung sein könnte, so wird es offenbar, daß es sich
hier um eine einfache Übertragung von französischen republikanischen Ström-
ungen auf belgische Verhältnisse handelte. Die erste sozialistische Partei-
organisation, die in Wallonien-Belgien — und zwar von der aus Frankreich
herübergekommene republikanische Agitator De Visser an — gegründet
wurde, nannte sich dann auch „Republikanisch-Sozialistische Partei“1. Sie hatte
namentlich unter den Bergarbeitern der wallonischen Provinz Hennegau einen
sehr großen Einfluss und blieb lange Zeit abseits von den übrigen Arbeiter-
bewegungen, besonders von der flämischen, die sich mehr unter der (wiewohl
durch Holland vermittelten) Einwirkung der deutschen Sozialdemokratie ent-
vwickelt hatte. Bei den späteren Einigungsvorhandlungen, die zur Einführung
der Arbeiterpartei in ihrer gegenwärtigen Gestalt führten, bekamen die Blümen
immer wieder den Vorwurf zu hören, daß sie nicht das Hauptgewicht auf die
Befähigung der Monarchie legten. Die wallonischen Organisationen sind denn
auch lange Zeit rein politischer Natur gewesen. Genossenschaften sind im wal-
onischen Belgien allerdings ziemlich selten entstanden, wenn auch erst in Nach-
ahmung der in Flandern bestehenden, aber die Gewerkschaften, namentlich die
der Bergarbeiter, sind meist erst um die Mitte der neunziger Jahre durch
Differenzierung der bisherigen politischen Gruppen entstanden. Die Anfänge
der Republikanisch-Sozialistischen Partei aber leben heute noch so gut
wie ungeschwächt unter den wallonischen Arbeitern fort.

Es liegt auf der Hand, daß die geistige Beeinflussung eines industriell
und sozial hochentwickelten Landes wie Belgien durch ein wirtschaftlich und sozial
relativ rückständiges Land wie Frankreich aber, mit anderen Worten, die Be-
einflussung des belgischen Proletariats durch die Auswirkungen des franzö-
sischen Kleinbürgertums, unserer Bewegung nicht zum Vorteil gereichen. Diese
Feststellung läßt bettend das Rätsel von der proletarischen Bewegung und
dem kleinbürgerlichen Anschauungen schon gar nicht mehr rätselhaft erscheinen.

1 Die Beeinflussung durch französische Verhältnisse trägt auch zur Erläuterung der von
den belgischen Reformisten ergebenen Blockpolitik mit den liberalen bei, die eine direkte Nachwirkung
der französischen radikal-sozialistischen Blockpolitik ist. Der Unterschied ist nur, daß
eine derartige Blockpolitik mit dem Großbürgerlichen Liberalismus in einem Lande mit so
tiefsieben sozialen Gegensätzen wie Belgien noch viel ausdrücklicher und dadurch die
meiste Blockpolitik mit dem Kleinbürgerlichen Radikalismus, die sogar in dem viel geringer
erstaunsenden Frankreich Schiffsbruch gefallen hat.

12. Die Aufgabe der Marxisten.

Ich hoffe nun mehr von dem materiellen und geistigen Milieu, in dem der belgische Reformismus aufgewachsen ist, einen genügenden Begriff gegeben zu haben, damit der Leser den konkreten Werdegang dieses Reformismus, wie ihn meine Freund de Brouckere auf den folgenden Seiten darstellen wird, vollkommen zu begreifen imstande sei.

Bevor ich das Wort überlasse, möchte ich es jedoch noch einmal kurz für mich in Anpruch nehmen, gewissermaßen für eine „persönliche Erklärung“.

Ich habe mich in dieser Stelle, die im wesentlichen eine historische Schilddurch tatsächlichen Verhältnisse sein sollte, nach Möglichkeit der „objektiven Hülle des Historikers“ begehren. Nun ist aber bekannt, daß diese objektive Hülle ein sehr relativer Begriff und eine „ideale Forderung“, die sich im Leben nicht verwirklichen läßt. Ganz vorausschauend ist die menschliche Wissenschaft nie.

1. La mine aux mineurs = das Bergwerk den Bergarbeitern!

2. Hector Denis und de Greel gehören auch jetzt noch der Partei an, ja sie werden bei jeder Gelegenheit als ihre theoretischen Leuchten proklamiert, sind aber nach wie vor Anhänger des Proudhonismus und verhüllte Gegner des Marxismus, gegen den sie von Zeit zu Zeit lange Abhandlungen (nach der Art deutscher Privatagenten) vom Stapel lassen.
Und ich habe den Eindruck, daß hier und da in der Art meiner Darstellung und in meinen Kommentaren die Leidenschaft des Kämpfens mehr zu ihrem Rechte gekommen sein mag als die Ruhe des Historikers. Wo das der Fall sein sollte, bitte ich, mir angerechnen, daß meine Leidenschaft sich nicht gegen Personen richtet, sondern nur gegen die Verhältnisse, die ich bekämpfe. Wir haben in Belgien den selteneren Vorzug, daß wir es in unseren Kämpfen in der Regel stets alle verstanden haben, das persönliche von dem sachlichen Moment zu trennen, so daß unsere Meinungsverschiedenheiten, wie groß sie auch sonst sein mögen, uns nicht daran hindern, als moralisch vollberechtigte Genossen und mitunter sogar als gute Freunde miteinander zu verkehren. Das ist bis jetzt so gewesen und wird hoffentlich immer so bleiben.

Ich möchte auch nicht, daß die vorsichtige und meinenswegen leibenschaftliche Art, in der ich vieles von dem, was in Belgien besteht, kritisiere, den Eindruck hervorrufen würde, als ob wir, die wir als Marxisten oder Radikale bezeichnet zu werden pflegen, die Kritik um der Kritik willen betrieben und von einer Art theoretischer Zerstörungswut ergriffen wären. Wir alle halten die Kritik, so unentbehrlich sie uns auch unter den bestehenden Verhältnissen erscheint, keineswegs für den wichtigsten Teil unserer Tätigkeit. Wir bemühen uns alle, in dem Wege unserer Kräfte positiv, aufbauend zu wirken. Ich hoffe, daß meine Schilderung der belgischen Verhältnisse wenigstens das eine deutlich gemacht haben wird, daß das Problem, vor dem wir stehen, vor allem Dingen ein Problem der Erziehung ist. Die Voraussetzungen für einen Kampf der Tendenzen in der Form, in der er in Ländern mit einer organisa-

torisch und geistig hochstehenden Arbeiterschaft geführt wird, sind in Belgien noch nicht gegeben. Wir müssen diese Voraussetzungen erst schaffen. Und diese sind in erster Linie eine ernsthaft politische Organisation, eine moderne, das heißt zentralistische Gewerkschaftsbewegung, die die materielle Lebenslage unseres Proletariats wirklich zu heben vermag, und ein Ausbau und eine Verbesserung unserer Bildungseinrichtungen, einschließlich unserer Presse, die unsere Parteimitgliedschaft auf ein Kulturniveau hebt, das die ernsthaftige Führer einer Kämpfer der Tendenzen mit geistigen Waffen möglich macht. Und das alles wollen wir als disziplinierte Mitglieder der Arbeitervolle und in möglichst großer Eintracht mit all unseren Parteigenossen zu verwirklichen suchen.

Man sieht, daß ist ein Programm, das realistisch und opportunistisch genug ist, und das bewirkt, wie unverdient die Vorwürfe des unfreundlichen Dogmatismus und dergleichen sind, die uns oft von jenen an den Kopf geworfen werden, die die wahre Realität und wirksamen Opportunitäten des Klassen-
kampfes den vermeintlichen Vorzügen einer Politik aufspren, die nur auf der Illusion einer Milderung der Klassengegensätze und auf der Utopie eines friedlichen HineinwachSENS in den Zukunftsaufgang der Zukunftlstaat beruht.

Und trotz der Stärke unserer Kritik sind wir auch Optimisten. Ich für meinen Teil habe die Überzeugung, daß der Marxismus oder, wenn man an diesem „fekterierisch“ klingenden Namen Anstoß nimmt, der moderne internationale Sozialismus in einigen Jahren die belgische Partei erobern wird. Die Schwierigkeiten sind ungeheuer — das wissen wir belgischen Marxisten am besten. Aber sie können und müssen überwunden werden, weil wir nicht etwa durch einen ungenügenden Grad der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bedingt sind, sondern weil sie zu dem hohen Grade dieser wirtschafts-
Die politische Krise in Belgien.

Von Louis de Brouckère.


Namentlich den Sozialisten bietet das belgische Experiment den Gegenstand zu manch heilsamer Erörterung. Die revisionistischen Methoden haben hier eine ausgebautene Anwendung erfahren. Es dürfte wohl von Rügen sein, festzustellen, was sie innerhalb weniger Jahre aus einer Arbeiterpartei gemacht haben, die um 1898 eine der mächtigsten und vorgeschrittensten der Erde war. So wird man eine Politik, die vorgibt, eine „Politik der praktischen Resultate“ zu sein, auch nach ihren Resultaten beurteilen können.

1. Die wahre Natur der Arbeiterpartei.

Wenn man die heutige Lage der belgischen Arbeiterpartei richtig versteht will, so muß man sich zunächst an das Milieu und an die Umstände ihrer Entstehung und Entwicklung erinnern.

Jahrhunderte eines historischen Schicksals haben unsere Arbeiterklasse dem Glücks und der Ergebung angepaßt, so daß die Arbeiterbewegung in diesem Paradies der Kapitalisten lange Zeit zügig und schwach blieb und erst sehr spät dazu kam, politische Forderungen aufzustellen.¹

Wenn man die zwei Hände durchblättert, die Louis Bertrand² der Geschichte unseres Proletariats gemäßigt hat, so fällt einem die Tatsache auf, daß es bei uns seit dem Anfang der internationalen sozialistischen Bewegung immer Sozialisten gegeben hat, daß die proletarischen Bewegungen der verschiedensten Länder hier Schüler gebildet und Verbannte hierher geschickt haben, daß aber auf der anderen Seite die Arbeiter trotz der hohen Anstrengungen dieser hervorragenden

¹ Genosse de Man hat in dem vorzüglichen Artikel diese Frage behandelt; ich verweise daher den Leser auf seine Ausführungen.
Persönlichkeiten ihren Anschauungen beinahe ununterbrochen eine sozialistische absolute Gleichgültigkeit entgegenbrachten. Das Jahr 1848 rief unter ihnen nur eine leichte Bewegung hervor. Im Gegenüber zu ihrer weltberühmten Annahme berücksichtete die Internationale sie nur ganz oberflächlich. Erst nach dem Jahre 1875 entsteht eine wahrheitspolitische Bewegung, offenbar unter dem Einfluß der endgültigen Konstitutionierung der deutschen sozialdemokratischen Partei auf dem Parteitag von Gotha. Es ist nicht ohne Interesse, beiläufig daran zu erinnern, daß das erste Programm der belgischen Sozialisten (1877) einfach eine wahrheitspolitische Überarbeitung des Gothaer Programms war, die der Center Van Beveren besorgt hatte.

Eine belgische Arbeiterpartei war gegründet worden, aber sie befand sich nur ein schmähes Leben und entwickelte sich nur in seltenen und kurzen Augenblicken der Volksärger einige Kraft. Sie stützte sich namentlich auf väterliche Organisationen und hatte ihr wichtigstes Aktionsszentrum in Gent. In Brüssel hatte sie auf die zahlreichen unverbundenen und oft sehr kurzlebigen Gruppen, die dann und wann aufstachen, nur geringen Einfluß aus. Im walloonischen Belgien hatte sie fast gar keinen Halt, und die übrigen sehr unvollkommene Agitation ging außerhalb der Partei vor sich.

Dieses Land stellt eine ernste Gefahr dar. Man war zu der Befürchtung berechtigt, daß die bürgerliche Demokratie die Bewegung einfangen würde, und zwar aus Anlaß der Propaganda sich das allgemeine Wahlrecht, die das Land aufzurichten anfügte, und die von einigen radikalen Abgeordneten, mit Paul Jan fon an der Spitze im Parlament unterstützt wurde. Louis Bertrand, einer der Veteranen des belgischen Sozialismus, schrieb darüber in der „Sentinelle“ vom 11. November 1888 einen Artikel, der einiges Aufsehen erregte, und in dem er unter anderem sagte:

„Die progressistische Partei konstituiert sich, ihre Führer gehen in die wichtigsten Zentren, halten dort Versammlungen ab und rufen die Arbeiter zugunsten der Wahlreform auf. Sehr gut. Auch wir sind der Meinung, daß die erste Sache, die es zu tun gibt, die ist, daß man die Waffe des Wahlrechts für alle verlangt. Aber muß man nicht befürchten, daß die Arbeitermassen die Heute der progressistischen Partei werden?

„Über einzelne Punkte sind wir freilich mit jenen Leuten einverstanden, aber das ist für uns nur eine Vorstufe.

„Denn was wollen sie über das allgemeine Wahlrecht — und viele unserer radikalen Bourgeoisie gehen nicht einmal so weit —, die Schulsicht, die Trennung der Kirche vom Staat, die Heeresreform hinaus? Nichts, das ich wüsste. Aber diese Fragen sind in der Schweiz ganz oder nahezu ganz gelöst; sind die dortigen Arbeiter deswegen so viel glücklicher?“

Mit Verständnis läßt man heute diese Zeilen unseres Freundes wieder durch. Er sah damals sehr deutlich ein, daß die Arbeiterklasse ihre selbständige Politik treiben muß und sich hinterher leicht führen lassen würde, wenn sie irgend einer bürgerlichen Fache nachlaufen würde. Man kann nur bedenken, daß er dies heute nicht mehr so deutlich sieht.

Wie aber sollte man der Gefahr entgehen? Bertrand stellte fest, daß viele Proletarier sich der Sozialistischen Partei anschlossen, da sie noch durch ihr Programm abgestraft wurden. Die Programmfragen aber schienen ihm von untergeordneter Bedeutung, die selbständige Aktion und Organisation der Arbeiter dagegen das Münsterggebende zu sein.
Louis de Brouckère: Die politische Krise in Belgien.

"Alles dies", so sagte er, "bringt uns die Frage auf, ob da nichts zu machen wäre? Könnte man denn nicht versuchen, mit einem Minimumprogramm, einem Programm von Reformen, die unmittelbar verwirklicht und von allen begriffen und empfunden werden könnten, die Arbeiter zugleich auf politischem und wirtschaftlichen Gebiet zu vereinigen?

"Es gibt in Belgien eine Anzahl von Untersuchungsräten.1 Man ist es richtig, daß die Politik aus ihren Diskussionen verbannt ist, aber daß es eine Schwierigkeit, die leicht überwunden werden kann. Auch gibt es in jeder Stadt berufliche Widerstandsräte (Gewerkschaften) oder Bruchstücke derartiger Vereine. Wäre es denn so schwer, sie zu vereinigen, sie zu fördern und neue ins Leben zu rufen?"

Und weiter hieß es:

"Wir wollen also aufpassen und zuhören, ob es kein Mittel gibt, hierzulande eine große Arbeiterpartei zu gründen mit einem Minimumprogramm, dem in dem Maße, wie sich das Bewusstsein danach herausschlüpfen, andere, tiefer und radikaler Reformen hinzugefügt werden könnten.

"Man soll nicht aus dem Ringe verlieren, daß die Trade Unions in besonderer Weise damit angefangen haben, gemäßigte Reformen zu fordern, und daß sie heute die Nationalisierung des Bodens, das heißt das Kollektiv Eigentum verlangen."

Wir wollen aber diese Gleichförmigung der Nationalisierung des Bodens mit dem Kollektivismus hinwegschaffen und feststellen, daß die von Verlinck versuchte Taktik am Ende keine andere ist als die der englischen Labour Party und der anderen bürgerlichen Parteien im Gegenstück zu den sozialistischen Parteien.

Sein Vorschlag rief große Polemiken hervor und wurde eifrig bekämpft, aber schließlich stieg er nach kaum zwei Jahren.


Vom Anfang der Diskussion an schien Unsele diesen Gründen gegenüber nachgeben zu wollen, aber andere Delegierten zeigten sich unverföhntlich. Nach einem ganzen Tage der Diskussion ging man auseinander, ohne irgend etwas

1 Diese Sociétés de secours mutuels oder mutualités sind, gleich den englischen Friendly societies, Vereine zur gegenfeitigen Verhinderung der Mitglieder gegen Krankheit usw. In Belgien gibt es auch heute noch keine gesetzliche Krankenversicherung.

Anmerkung des Übersetzers.
beschlossen zu haben. Am Abend jedoch nahmen die zu einer besonderen Sitzung zusammengetretenen Delegierten der Sozialistischen Partei folgende Resolution an:

"Die belgische Sozialistische Partei erklärt unter wölliger Bahrung ihres Programms und ihres Status, sich an der Gründung einer belgischen Arbeiterpartei beteiligen zu wollen, deren Programm und Statut auf einem folgenden Kongreß besprochen und angenommen werden soll."


Ich habe diese Tatsachen ziemlich eingehend geschildert, um den wesentlichen Charakter der belgischen Arbeiterpartei in ihren Anfängen ins rechte Licht zu rücken — einen Charakter, den sie übrigens in beträchtlichem Maße bis heute behalten hat. Sie stellt eine Freiwerdung von Arbeitergruppen dar, deren überwiegende Mehrheit aus Genossenschaften, Unterstützungsvereinen, Gewerkschaften und einer verhältnismäßig geringen Anzahl rein politischer Vereinigungen besteht. Wenn diese verschiedenen Elemente sich vereinigten, so taten sie es vielleicht, um einem gemeinsamen Ideal zum Siege zu verhelfen, als weil sie durch die dünne Empfindung getrieben waren, daß sie gemeinsame Interessen auf politischem Gebiet gegen alle bürgerlichen Parteien zu verteidigen hatten. Ich möchte daher sagen, um eine seit einigen Jahren in Frankreich in der Mode gekommene Ausdrucksweise zu gebrauchen, daß sie mehr eine Vergrößerung gemeinsamer Interessen als gemeinsamer Meinungen darstellte.

2. Die große Periode der Arbeiterpartei.

Wir wollen aber zuvor einen Augenblick beim Arbeiterstand an die schönen Tage verweilen; denn die Arbeiterpartei hat glorreiche Zeiten gekannt. Sie, der die große Periode miterlebt hat, die mit dem Jahre 1864 beginnt und gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts ausbricht, denkt mit Stärke an diese Zeit zurück, wo unsere Arbeiter so voller Begeisterung und Energie waren. Aus welchem Anlaß erwachten sie damals aus ihrem langen Schlaf? Ich will hier auf die Ursachen dieses erfreulichen Ereignisses nicht weiter eingehen. Ihre Bedeutung reicht über die belgischen Grenzen hinaus, denn um diese Zeit entstand das Proletariat der ganzen industriellen Welt eine ausfällende Tätigkeit. Ich will nur zeigen, daß diese allgemeine Bewegung in Belgien einen besonders glänzenden Charakter hatte.


Verhältnismäßig zahlreiche Streiks ergaben ziemlich ermutigende Erfolge. Man fachte die einigen Jahre vorher schüchtern eingelegte Kampagne zugunsten der Arbeiterschutzhörige mit Härtezündung fort. Man fügte durch eine ununterbrocheneigation, durch stets erneuerte Demonstrationen einen Druck auf die Regierung aus. Und diese Mittel waren so wirksam, daß im Laufe von acht Jahren — von 1886 bis 1894 — neun Arbeiterschutzhörige angenommen wurden, von denen verschiedene sehr wichtig sind, wie das Gesetz zur Ab- schaffung des Trustsystems und das zur Regulierung der Frauen- und Kinderarbeit. Man hatte seit 1880 nicht halb so viele angenommen, und selbst nachdem das Prinzipwahlrecht für Verterer in das Parlament gedruckt, hat man in einer gleich kurzen Zeit nicht einmal dieselbe Zahl erreicht...

Aber es war hauptsächlich im Kampfe um das allgemeine Wahlrecht, in dem unsere Arbeiter eine Härtezündung, einen Clan, eine Überraffe betätigten, die bewunderungswürdig waren.

Schon am 30. März 1886 hatte der Generalrat der Partei ein Manifest an das belgische Volk gerichtet, das mit den Worten schloß:

"Wenn sie aber darauf befehlen, dem Arbeiter die Abstellung seiner rechtmäßigen Beschwerden zu verweigern, wird denn dieser nicht berechtigt sein, einer Gesellschaft, die ihm als einen Patria behandelt, jede Arbeit zu verweigern und den Generalstreik aller Berufe zu proklamieren? Man wird gut tun, daran zu denken, daß das Recht, zu streiken, das Koalitionsrecht, in unseren Gesetzen festgelegt ist. Aus Mangel an anderen Mitteln, die man dem Volke verweigert, könnte es also dieses Recht ausüben und die Arbeitsverweigerung, die jetzt schon von den Arbeitern unserer Kohlenreviere angewandt wird, auf alle Industrien und Gegenen des Landes ausdehnen."

Der Gedanke des Generalstreiks für das allgemeine Wahlrecht war damit in die Welt getannt worden. Louis Bertrand nimmt an, daß dies die erste Anspielung auf die Tatfrage sei, die bei uns gemacht worden. Man kann jedoch kaum glauben, daß der Gedanke spontan in den Köpfen der Mitglieder des Generalrates aufgekeimt sei. Es ist vielmehr sehr wahrscheinlich, daß er ihnen mehr oder weniger unmittelbar von der großen amerikanischen Arbeiterbewegung zugunsten der Arbeitseinstellung für den Arbeitstundentag vom 1. Mai 1886 eingegangen worden ist. Die Verbindung zwischen den Arbeitern Belgiens und denen der Vereinigten Staaten war damals ziemlich eng, und der "Eidem Helden der Mitter der Arbeit" hatte hierzulande zahlreiche Mitglieder. Die belgischen Proletarier hatten aber mit einem gewissen Groll darauf erinnert, daß sie die ersten gewesen sind, die die Idee des Massenstreiks in eine praktische Aktion hinüberzuleiten, und daß sie früher als alle anderen den wahren politischen Charakter des Generalstreiks begriffen und aus dem, was zuvor so wichtige Arbeitergene zu befammenswerten Niederlagen geführt hatte, ein Instrument des Erfolges gemacht haben.

Der Generalstreik von 1893 ist in der Tat ein großer, unbestreitbarer Erfolg gewesen. Im Laufe der vielen Jahre der Agitation und der Propaganda, die ihm vorangingen, hatten zahlreiche Bergarbeiterstreiks mit ausgeprägtem politischen Charakter den Widerstand der Bourgeoisie geschwächt und in erheblichem Maße zu der Einigung einer Konstitutionale beigetragen. Diese galt es jedoch unter 152 Mitgliedern nur etwa 80 Parteigängers die allgemeinen Wahlrechte, und als am 11. April der Streik proklamirt wurde, schien es keine parlamentarische Möglichkeit zu geben, das Wahlrecht für alle zu erlangen. Völz um zu zeigen, daß sie sich von der Straße keine Befehle erteilen lassen wolle, beschloß die Kammer sogar, bis zur Wiederherstellung der Ruhe ihre Arbeit der Verfassungsrevision ruhen zu lassen; sie nahm in aller Ruhé das Budget des Eisenbahministeriums im Angriß.

Im Lande aber war die Bewegung im Wachsen begrissen. Inachtundvierzig Stunden hatte die Hafs der Ausständigen die Höhe von 250'000 erreicht. Bald nahm der Streik fast überall einen gewaltsamen Charakter an, es kam zu blutigen Zusammenstößen. In Jolimont wurde ein Arbeiter getötet, in Mons fielen, bei Antwerpen drei; an vielen Orten war man entschlossen, die Kaufleute zu stürmen, um zu verseuchen, die Soldaten mit sich fortzuführen. Die Regierung hatte kein sonderliches Vertrauen zu der Freie einer Armee, die fast ausschließlich aus Proletarierjüngsten bestand und die von der sozialistischen Propaganda stark bearbeitet worden war. Der Vormittag des

1 Histoire de la Démocratie et du Socialisme etc., 2. Band, S. 411.
18. April war in Brüssel besonders unruhig gewesen, und ein tragischer Nachmittag kündigte sich an.

In bezug auf die Kammer um 2 Uhr ihre Sitzung wieder auf. Sie fing von neuem an, sich mit ihren Eisenbahnen zu beschäftigen. Aber nach einigen Minuten, um 2 Uhr 20 Minuten, gab sie endlich ihre erklärte Ruhe auf. Sie entschloss sich, ihre Kommission für die Wahlrechtsreform um einen Dringlichkeitsbericht zu bitten. Dieser wurde um 4 Uhr 25 Minuten niedergelegt. Er schlug ein durch das Pluvialwahlrecht gemindertes System des allgemeinen Wahlrechtes vor, wonach ein Wähler zwei aber drei Stimmen hätte. Der lange und komplizierte Text des neuen Versammlungsartikels wurde der Versammlung einfach vorgelesen, man gab sich nicht einmal die Zeit, ihn drucken zu lassen. Vor 7 Uhr war er angemommen, und am selben Tage hörte der Streit auf. Belgien zählte nun etwa 1.300.000 Wähler statt 1.800.000.

Man wird es mir wohl verzeihen, wenn ich auf diese Besonderheiten einginge. In dem Augenblick, wo ich mit der Beschreibung einer dunklen Periode der Geschichte meiner Partei beginnen soll, fällt es mir unwiderstehlich dazu, die Erinnerung an diese neuen Tage zu vertiefen; ich will mich selber sowohl wie meine Leser davon überzeugen, daß ein Propagandat das in der Vergangenheit so wohl gezeigt hat, was es leisten kann, berechtigt ist, hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken, und daß die Krise, die es durchmacht, nur vorübergehend sein kann.

Habe ich es nötig, noch an die antimilitaristische Aktion zu erinnern, die die Partei damals so methodisch vollzog, an ihre Organisation der Jungen Garde, die ihrerseits in allen Ländern eingerichteten Jugendorganisation, die jedoch, wenn ich nicht irre, bei uns geboren wurde? Diese Aktion war eine gebietsspezifische Notwendigkeit in einem Lande, wo seit 1886 kaum ein Jahr vorüberging, ohne daß die militärische Gewalt irgend eine Proletarierterrorabschaltung verübte. Unsere Jugendlichen unternahmen es daher, die Soldaten zu bekämpfen, den sozialistischen Geist in den Junglingen zu entfachen, bevor sie in die Kaserne eingezogen, mit ihnen nacher in Verbindung zu bleiben, dem unterjochenden Einfluß des Katernelebens auf sie entgegenzuwirken. ... Der Erfolg dieser Wirksamkeit war, daß, während man früher beim geringsten Streit, beim kleinsten Aufbrausen die Armee aufmarschieren ließ, die herrschende Gewalt sich vorsichtshalber bald damit zufrieden geben mußte, unseren Demonstrationen die Polizei, die Gardemarie und die Bürgergarde entgegenzustellen. Sogar während der Krise von 1893 mobilisierte man zwar einen Teil der Reserve, aber keine einzige Kompanie rückte aus den Kaserne heraus.

Als dann endlich, nachdem das Wahlrecht erobert worden war, die Partei im Wahlkampf ihre Kräfte mecken konnte, boten die Wahlen von 1894 den Anlaß zu der begeisterten Kampagne, die man sich denken kann. Mit dem feurigen Enthusiasmus einer Sturmvolksrame marschierte überall die Arbeiterklasse zur Erwahrung der Wahlrechte. Der Erfolg rief bei unseren Gegnern — und vielleicht auch etwas in unseren eigenen Reihen — wahres Grauen hervor. In tiefgründigen Beweisführungen hatte man vorausgesagt, daß wir keinen einzigen Sitz bekommen würden — wir eroberten schließlichmanigfaltig! In Brüssel, wo man zehntausend Stimmen erwartet hatte, erhielten wir ihrer vierzehntausend! Im ganzen erhielten wir 18,2 Prozent der Stimmen, was bedeutet, daß etwa 25 Prozent der Wähler für die Partei gestimmt hatten.
Noch nie war in irgend einem Lande, Deutschland nicht ausgenommen, ein derartiger Erfolg erzielt worden.

Das war die Belohnung einer langen und mühsamen Arbeit, des zähnen Willens einer Klasse, die, wenn sie auch das Ziel oft noch nicht klar vor Augen hatte, so doch zum mindesten mit Macht das Bedürfnis empfand, sich zu befreien.

3. Die andere Periode der belgischen Arbeiterpartei.

Ich hatte bereits Gelegenheit, darauf hinzuzweisen, daß die belgische Arbeiterpartei sich seit jeher recht wenig um Lehren und Grundsätze gekümmert hat. Die Theorie übt auf ihre Handlungen nur einen unbedeutenden Einfluß aus, und sie läßt es, mit einer etwas verspäteten Frontie auf die „Theoretiker“ herabschlagen. Sie will eine Partei von Männern der Praxis sein, die sich um die Tatsachen, um die unmittelbare Wirklichkeit kümmern, und die sich nach den Umständen und nicht nach den Formeln der Stabsgehöften richten.

Man tut freilich sehr wohl, sich nach den Umständen, was heißt nach den bestehenden Tatsachen zu richten. Das ist die Grundlage auch der Methode des wissenschaftlichen Sozialismus. Nur soll man sich dabei nicht ausschließlich auf die nachfolgenden Umstände beschränken und etwas weiter sehen, wie man zu sagen pflegt, als die Nase reicht. Eine Theorie, die ihres Namens wert ist, ist nichts anderes als die Erfahrung, die unmittelbare und die mittelbare, in allgemeine Sätze umgefaßt, die in dem Maße bestimmt werden, wie die Sammlung der Beobachtungen, worauf sie beruhen, größer wird. Wer der Theorie entsprechen wollte, der wäre wie ein Seemann, der ohne Kompaß und ohne Karten fahren will. Solange die See ruhig und der Himmel heiter ist, geht alles ausgerichtet. Aber wenn sich ein Sturm erhebt, wenn das Schiff in gefährliche Meerengen einfährt, so werden die allzu praktischen Seefahrer ihr Fahrzeug auf die verborgenen Klippen ausfahren lassen, die von ihren Vorgängern bereits mit Hilfe des Kompasses erkannt worden waren.


Zunächst hat uns der Sozialismus viel geschadet. Feste wichtige Genossen- schaft vereinigt zwar in ihren Volkshäusern die gesamte Arbeiterorganisation in einer sehr engen Solidarität, aber zu gleicher Zeit schließt sie von der interregionalen Solidarität ab, bewahrt sie sogar vor dieser. Jede Stadt, jedes Revier lebt für sich selbst, ohne sich viel um das Ganze zu kümmern, und die zentralen Organe der Partei sind kraftlos. Ein charakteristisches finanzielles Merkmal dieses Zustandes ist die Tatsache, daß die Partei ungefähr
180000 Mitglieder zählt, der Staat des Parteivorstandes jedoch nicht einmal 20000 Franken erreicht, also weniger als die gewöhnlichen Agitationsausgaben einzelner Wahlkreise. Die moralische Autorität des Generalrats kann auch danach eingeschränkt werden; die großen Forderungen tun, was ihnen beliebt, bei den großen Gelegenheiten wie bei der täglichen Kleinarbeit, kämpfern sich heutzutage kaum um die Anweisungen der Zentralführung und stigen sich sogar nur bis zu einem gewissen Grade den Bedürfnissen der Parteitage. Die treuherzig Folgen eines derartigen Zustandes in einer modernen Arbeiterbewegung brauchte ich wohl nicht besonders zu betonen.

Die genossenschaftliche Actiein selber hat unter dem lokalistischen Geiste mächtig geblüht. Unser Hauptlager macht nicht einmal für 5 Milliarden Franken Umsatz im Jahre. Das zeigt deutlich genug, daß es uns nicht gelungen ist, die Käufkraft des Proletariats in genügendem Maße national zu organisieren, um entweder die ersten Experimente der Eigenproduktion unter gegebener Bedingung zu sichern oder um eine Massenwirkung auf die Engpässe auszuüben oder auch nur, um auf die Arbeitsverhältnisse bei den Lieferanten einzudringen.


Man muß sich dabei die Tatfrage vor Augen halten, daß die in diese Lage gedrängten Genossenschaften die eigentliche Grundlage unserer Organisation darstellen, daß sie sozusagen die Gehilfinnen, die Stützen, die Vorläufer der offenen und ungenommenen derartiger Gruppen sind. Man wird sie daher begreifen, wie sehr ihre Wirtschaftlichkeit dazu beiträgt muß, der Gesamtbewegung eine verwischte, neutrale Farbe zu verleihen. Unsere Unterstützungsvereine und bis zu einem gewissen
Grade auch unsere Gewerkschaften sind denselben Weg gegangen wie sie. Bald wurde es die allgemeine Tendenz unserer Einrichtungen, durch die Willigkeit der geleisteten Dienste, durch kleine persönliche und unmittelbare Vorteile Anhänger anzuziehen, viel mehr als durch einen Appell an die Macht der Überzeugung und an die Opferwilligkeit für die Sache des Proletariats selbst. Die kleinfalsche Konfervenz, die innerhalb weniger Jahre große Fortschritte gemacht hat, stellte sich auf diese rein meckertischen Boden. Man glaubte, sie dadurch am besten beklämpfen zu können, daß man sie nachahmte. Das moralische Resultat war schlecht, wie man es ja von vornherein erwartet konnte, und das materielle Resultat nichts weniger als glänzend.

Man weiß ja, daß die Organisationen rein politischen Charakters in der Partei bei uns freies in der Minderheit waren. Eines der ersten Resultate der neuen Methode bestand darin, daß ihre Zahl noch verringert wurde. Einer wachsenden Anzahl von Mitgliedern scheint es höchst unpatriotisch zu sein, dem Arbeiterbund 30 Centimes im Monat zu zahlen und im Laufe dafür keinen einzigen finanziellen Vorteil zu erhalten — nur ein bisschen Klassebewußtsein. Die meisten Arbeiterbünde verschwanden also, ausgenommen in Brüssel und in einigen großen Städten, und viele von ihnen wurden durch Unterstützungsvereine ersetzt. Zwar ging freilich die politische Akte von den wirtschaftlichen Organisationen selber aus, aber sobald diese im Kampfe gegen die unzähligen Verhältnisse sahen reger zu sich selbst zurückgeschickt waren und die Aufgaben allgemeiner Ordnung hatten links liegen lassen, hörte die Politik natürlich auf, sie recht zu interessieren. Es ist eine nur allzu unweisheitste Tatfrage, daß die große Mehrheit unserer Parteimitglieder heutzutage nicht einmal im Jahre Gelegenheit hat, ein Sitzung beizwohnen, in der irgend eine wichtige politische Frage besprochen wird.

Dieser Zustand hat sich namentlich seit dem Mislingen des Generalsstreiks von 1892 für die Abschaffung des kirchenwahrechtes verschlimmert. Der schlecht vorbereitete, in unvorhersagter Weise angefangene Streik wurde bereits sechs Tage nach seiner Proklamation wieder aufgehoben, ohne daß man irgend ein Zugeführnifs von der Regierung erhalten hatte, ohne daß man sogar eine wahrhaft energische Anstrengung gemacht hätte, um ein solches Zugeführtmds zu erzielen, weder innerhalb noch außerhalb des Parlamentes. Jedermann war auf große Ereignisse gefaßt, jedermann war bereit gewesen, den anderen zu folgen; alle waren in gleichem Maße besetzt und betrübt, als sie sahen, daß überhaupt nichts gescheh. Es war schlimmer als eine Nieberlage, es war das Vermeiden der Schlächt selbst — das mobilisierte Arbeiterher war Gewehr bei Fuß stehn geblieben —, eine große Überlegung, die auf nichts hinauszielte! Es erging dem Proletariat wie jenen Individuen, die in dem Glauben, daß sie noch im Besitz ihrer jugendlichen Volkskraft seien, ihre alten Feldzügel wiederholen wollen, aber plötzlich erkennen müssen, daß sie gelaufen sind.

Daraus konnte nun entweder eine heilsame Reaktion gegen die Ursachen eines Übels, das bereits so große Verheerungen verursacht hatte, oder eine tiefe Entmutigung hervorgehen. Zur Steuer der Wahrheit müßt festgestellt werden, daß die Verfahrte zur heil samen Reaktion im Anfang nicht besonders kräftig waren, und daß es unweisheitste Entmutigung war, die überwog. Die bereits so sehr verringerte politische Wirksamkeit verminderte sich weiter, die öffentlichen Versammlungen wurden nahezu ganz aufgegeben, die Demon-
frationen wurden immer seltener und bedeutungsloser. Es gab nur noch die Wahlaktion.


Wenn unsere parlamentarische Vertretung in den Kammern nur eine wesentlich sozialistische Akaktion entfalten würde, so würde sie vielleicht dennoch einige Erfolge erzielen. Aber auch sie würde, wie wir gleich sehen werden, von dem allgemeinen Niedergang mitgenommen, und es dauerte nicht lange, bis sie sogar die Partei auf der Bahn, die diese eingeschlagen hatte, hinter sich ließ.


Was einer sozialistischen Opposition im Parlament ihre größte Kraft verleiht, das ist die Tatfache, daß sie, heute noch eine Minderheit, im Namen einer wachsenden proletarischen Bewegung, im Namen der Mehrheit von morgen reben darf.

Eben deshalb ist unsere belgische Fraktion schwach. Die Gegner glauben nicht, daß sie so bald wachsen wird, wenigstens nicht erheblich, und auch unsere Freunde selbst sind nach so vielen Jahren der Verrätselungen nicht gar zu sehr davon überzeugt. Sie kann sich nicht auf die Arbeiterchaft im Lande stützen und, wie man zu sagen pflegt, zum Fenster hinaus reben, denn man hört außerhalb des Fensters gar nicht zu, und der Stimmenwiderhall, den ein Aufruf von ihr im Lande erwecken könnte, wäre recht schwach. Unsere Abgeordneten sind nichts mehr als 35 Mann in einer gesteigerten Versammlung von 166 Mitgliedern. Sie verfügen nur über ihre Stimme und die parlamentarischen Kriegslisten: unvorhergesehene Koalitionen, Hinterreppenkombinationen, Jußangein, in die man die Minister hineinlockt, und alle jene anderen kleinen Schaltkreise und winzigen Intrigen, die denen, die im Palast der Gesetzgebung leben, am Ende so folgenreich erscheinen, die aber demnach so herzlich wenig an den wirksamen sozialen Tatfachen verändern. Das ist der klassische Parlamentarismus. Marx gebrauchte einen energischeren Ausdruck aber jedermann weiß, daß er eine etwas ungestüme Sprache redete, und die Worte, die er gebraucht, würden über meine Meinung hinausgehen.

Die Haltung der Sozialisten in der Abgeordnetenkammer war im Laufe der ersten Jahre sehr energisch und recht frustrier. Seit jener Zeit treiben sie die
„Politik der Erfolge“, das heißt sie stimmen ihre Forderungen herab, sie formulieren oder wenigstens sie verfeinern nur „vernünftige“ Vorschläge, die so gar nicht sind, daß sie die bürgerlichen Vertreter nicht abzuschrecken und die Stimmen einer möglichst großen Anzahl unter ihnen gewinnen können. Es wird sich wohl niemand darüber wundern, daß gerade seit jener Zeit die sozialpolitischen Reformen immer seltener geworden sind, da die Bourgeoisie um so weniger bereit war, irgend etwas zuzugeben, je weniger energisch die Beschwerden und je schlichter die Forderungen waren. Unser Gesetz über die Regierung der Arbeitszeit in den Bergwerken ist eines der harmlossten, die es gibt; unser Gesetz über die Gewerbebegünstigung stellt einen ungerechtfertigten Rückstoss dar; das Gesetz über die Vergütung der Arbeitsunfälle bietet den Arbeitern wohl einige Entschädigung für Unfälle, die früher nicht entschädigt wurden, es bringt aber die Arbeitern um die Hälfte der Vergütung, zu der sie der Artikel 1592 des Bürgerlichen Gesetzbuchs berechtigte. Das ist die Bilanz. Ein jeder urteile für sich selbst, wie dringend sie ist!

Unser Mangel an anderen „Resultaten“ hat die neue Politik das eine zur Folge gehabt, die sozialistische Fraktion der liberalen Parlamentsgruppe eng anzunähern.


Die Sozialisten haben ihre eigene Überzeugung sicherlich nicht aufgegeben. Sie begnügen sich damit, weniger über sie zu reden, das heißt nur bei den großen Gelegenheiten, und auch dann bloß in einer abstrakten Weise, wie wenn es sich um Sachen handelt, die einmal später, in einer unbefestigten und entfernten Zukunft, ein praktisches Interesse haben werden.
Die Liberalen haben ihrerseits nicht darauf verzichtet, den Sozialismus zu bekämpfen, aber sie empfinde kein Bedürfnis, ihren Feldzug mit Energie zu führen, weil der Sozialismus, wie er heutzutage bei uns praktiziert wird, ihnen nicht allzusehr unbedeutend erscheint. Ihm fehlt die gesellige Seite, ihre gemäßigte und vernünftige Charakter. Man verzieht ihnen unbeschreiblich ihre Leisten, unter der Bedingung, daß sie sie nicht in die Praxis umsetzen. Man erkenne öfters, nach so vielen Jahren der Anschauung, ihr unbefangenes Talent. Man lobt ihren politischen Sinn, ihre staatsmännischen Qualitäten, und man sucht auf jede Art, sich ihrer Mitarbeit zu sichern.


Und was nun, da man sich nun doch so schön in der Opposition miteinander vertragen, sollte man denn nicht auch, nachdem man die clerifale Regierung gestürzt hat, zusammen regieren? Der Gedanke einer Regierung der vereinigten Linken müßte sich in durchaus natürlicher Weise entwickeln, als das letzte Glied der politischen Evolution, die ich zu beschreiben verfugt habe. Man kann sagen, daß er seit fünf oder sechs Jahren die höchste Hoffnung einer großen Anzahl von Liberalen und einer fast gleichen Anzahl von Sozialisten ist. Er gewinnt an Kraft in dem Maße, in dem die clerifale Partei schwächer wird.

Um diese antiflerale Politik richtig zu beurteilen, muß man die wahre Natur der clerifalen Partei, gegen die sie sich richtet, die Ursachen und die Folgen ihrer langen Regierungsherrlichkeit studieren. Das werden wir in dem nächsten Abschnitt zu tun versuchen.

5. Eine Regierung der sozialen Verteidigung.

Zwei große bürgerliche Parteien, die katholische und die liberale, bestehen in Belgien seit 1830, aber richtigig die Unabhängigkeitsevolution hat sie als bereit ziemlich festige Gebilde vorgefunden. Aber in den letzten ersten Jahren des nationalen Bestehens blieben ihre Grenzen verschwommen; zahlreiche Abgeordnete gehörten weder der einen noch der anderen an, ihre Stimmen gerippten sich bei der Abstimmung über fast jede wichtige Frage, und die


Seit 1884 funktionierte die Schaufel nicht mehr. Seit sechsundzwanzig Jahren neigt sie unbeweglich nach der einen Seite, und die katholische Partei bleibt beharrlich oben. Und doch war die katholische Partei diejenige, der es bis dahin am schwersten gefallen war, längere Zeit hindurch am Munde zu bleiben. Ihre drei früheren Regierungsperioden hatten die eine nur sechs Monate, die andere einunddreißig Monate und die dritte acht Jahre gedauert. Diese drei katholischen Regierungen hatten im allgemeinen nur über geringfügige Majoritäten und über eine schwankende Macht verfüg. Das Land hatte sich fleißig mit einer konfessionellen Regierung nur wie mit einem ungeduldig ertragenen provisorischen Notbehelf abgefunden. Warum hat sich Belgien — oder wenigstens die Klasse, die in Belgien die politische Hegemonie ausübte — seit jener Zeit einer Partei in die Arme geworfen, die durch den allgemeinen Entwicklungsgang der Gedanken zum Tode verurteilt zu sein scheint? Beruht diese Erwägung etwa auf einer Nüchternheit religiösen Glaubens? Man würde in Belgien kaum jemand finden, der eine solche Erklärung gelten lassen möchte; die Beobachtung der elementaren Tatsachen strafft sie übrigens in der öffentlichkeitsten Weise auf. Gerade um das Jahr 1894 herum machte sich ein starker Fortschritt der rationalistischen Ansichten bemerkbar, und Dauverwißte konstatiert, daß „das Freidenkertum unter der katholischen Regierung mehr Fortschritte gemacht hat als unter den ehemaligen liberalen Regierungen“.1

Man muß diese Erklärung abwehrweise fügen, und zwar in der Tatfalle des politischen Erwachens der Arbeiterklasse, daß, wie mir schon gesehen haben, mit dem Regierungsantritt der klerikalen Partei zeitig zusammenfällt. Die offizielle Erhobung der Arbeiterpartei erfolgte allerdings erst im Jahre 1885, aber die Agitation, aus der sie geboren wurde, hatte damals schon seit zwei Jahren eine bedeutende Kraft erlangt. Das genügte, eine Bourgeoise den Schrecken in die Glieder zu jagen, deren Ruhe bis dahin durch nichts gestört worden war, und die freiberufenden Kapitalisten selbst fanden in der Macht der Kirche eine wirksame Stütze für ihren Widerstand gegen die Forderungen der Arbeiter.

Das ist der Grund, weshalb 1884 eine Anzahl von „unsicheren“ Wählern für die katholischen Kandidaten stimmten, ohne dabei von der geringsten religiösen Begeisterung beflüst. Es ist charakteristisch genug, daß in

1 Auf S. 48 feiner 1910 in der „Potsdamerzeit“ erschienenen französischen Broschüre über „Die zehn letzten Jahre der Regierung Leopolds des Zweiten".
Brüssel, dem wichtigsten Wahlkreis des Landes, die Katholiken nur dadurch zum Siege gelangen, daß sie sich hinter dem Schilde einer neuen Partei der „Unabhängigen“ verbergen, die offen und laut erklärte, dem früheren Parteiziel ein Ende machen zu wollen, um die materiellen und moralischen Interessen der gesamten Bourgeoisie zu vertreten. Was von der liberalen Partei übrig blieb, mochte sich erstens sowohl es wollte, und über die Wähler schreien, daß die Unabhängigen nichts anderes seien als verkappte Kerlsme — was übrigens durchaus richtig war —, daß die Nation schon wieder zur Einigkeit kommen würde, sobald sie dies merkte —, es mußte alles nichts, und die Nation kehrte nicht zur Einigkeit zurück. Denn vor den Wahlen von 1886 hatte die Arbeiterschaft riesige Fortschritte gemacht, sie hatte sogar einen Augenblick die Gestalt des Ausschusses angenommen, und das Resultat war, daß die Kerlsme Majorität noch erheblich anwuchs.


Und wie hat er die ihm auvertraute Macht gebraucht?

Vom sozialistischen Standpunkt ist der Teil seiner Tätigkeit, der zunächst die Aufmerksamkeit erregt, die Bildung jenes großen Nebens von sozialen Einrichtungen, die scheinbar der freien Initiative der Katholiken entspringen, deren wunderbare Entfaltung jedoch nur mit der Hingabe möglich war, die ihnen der Staat auf die verschriebenen Arten gemäßt. Zu diesem Teil sucht man die Arbeiterklasse einzufangen, um sie so zur Unbeweglichkeit zu verurteilen. Es ist nicht durch ihre Dogmen, daß die Kirche am meisten dazu beiträgt, die Arme in ihrem Gehorsamsverhältnis zu den Reichen zu erhalten. Auch ihre neuen Gedanken der christlichen Demokratie haben unser Proletariat immer ziemlich gleichgültig gelassen. Die Enzyklika Karum Novaram hat ihren Haupteinsatz nicht auf die Ausgeburteten, sondern auf die „sozialen Gewalten“ ausgerichtet. Sie hat diese an die Barmherzigkeit erinnert, die ihnen die Kirche aufgelegt. Sie hat sie daran erinnert, daß die Zeit für den großen Kreuzzug gegen die unglaublich gewordenen Maffen gekommen war, daß sie zu dem Volke gehen sollten, nicht um es auszuklären, sondern um es
zu unterjochen. Und da die alten Mittel bei dem immer unruhiger und unzufriedener werdenden Proletariat versagten, hat sie neue, den heutigen Verhältnissen besser angepaßte Mittel angewiesen.


Louis de Brocëre: Die politische Krise in Belgien.

45

das er als Wähler über drei Stimmen verfügen wird. Sein Arbeitsgenosse, der freisprechende Regierung hat und als Freigelass bekannt ist, wird zwar dieselben gesetzlichen Rechte haben, er wird aber oft genug um sie gebraucht werden, und wenn er darauf besteht, sie gelten zu lassen, so wird man ihn wohl bald in dem Labirint des Gerichts- und Verwaltungsverfahrens irregeleitet haben. Das hervorragendste Merkmal unserer ganzen sozialpolitischen Gesetzesgebung ist in der Tat ihre äußerste Kompliziertheit, die außerordentliche Ungenaugkeit ihrer Bestimmungen, die der Bilddruck einen weiten Spielraum einräumt. In dem Maße, wie sie sich fortentwickelt, wächst auch die Macht der Behörden, ihr Einfluss auf den Prophetarier und die Möglichkeit ihrer Korruption.


Die Vermittlung des Priesters ist nicht weniger notwendig, wenn man eine amtliche Stellung sucht, oder wenn man in einer solchen Beförderung zu erhalten wünscht. Namentlich die unzählig Stellungen, die die Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltung zu vergeben hat, stellen ein mächtiges Akkumulationsmittel dar zur Verleihung des Heeres der Bewerber, ihrer Verwandten, ihrer Freunde, das heißt also eines beträchtlichen Teiles der Arbeiterklasse. Das ist einer der Nachteile des Staatsbetriebs, den man nicht vergeben soll, wenn man die Bilanz seiner Vorteile und Nachteile aufführt.

6. Die Klosterfrage und die Schulfrage.

Ich habe ziemlich lange bei jener großen Unternehmung zur Unterjochung der Arbeiterchaft verweilt, die eine der wichtigsten Formen der modernen Arbeit hierzulande ist. Ich muss nun noch auf zwei andere dieser Formen hinweisen: auf die Vermeidung der Klöster und auf die Art, wie sich der Kern des Unterrichtswesens bemächtigt.


Wie im Mittelalter, wie überall zu jeder Zeit, so ist auch heute die Klosterfrage weit mehr eine wirtschaftliche als eine religiöse Frage, und wenn die Hölder jedesmal, sobald die Kloster eine allzu gefährliche Ausbeutung genommen hatten, sie los zu werfen versuchten, so taten sie es zur Verteidigung durchaus westlicher Interessen. Man denke nur daran, wie oft sie aus den Staaten Seiner Katholischen Majestät und aus denen des sehr christlichen Königs verjagt worden sind. Sind doch die Jesuiten aus den pärchischen Staaten verjagt worden, die doch gewiß über dem Verfahren des Mittelalterismus erhaben sind! Wenn wir also heutzutage in Belgien eine wirklich intensive Bewegung gegen die Kloster konstaterieren können, so soll man sich wohl hüten, sie in der Hauptsache Gründen philosophischer oder religiöser Natur zuzuschreiben, die dabei eine ganz untergeordnete Rolle spielen.

Das alles hindert freilich nicht, daß die katholische Regierung die Ausbreitung der Klöster gefördert hat und daher bis zu einem gewissen Grade von ihrer Unbeliebtheit selbst ein Teil abkammt. Die Regierung hat unter anderem dazu beigetragen, ihnen zu sichern das Monopol der Institutionen für Krankenpflege zu sichern, und es ihnen erlaubt, sich in ausgeübtem Masse des Volksunterrichtswesens zu bemächtigen. Der weltliche Clerus selber be-
trachtete nicht immer ohne Neid die Konkurrenz der Orden, die Regierung selber müste durch ihren entsprechenden Machtszuwachs beunruhigt werden, aber sowohl der eine wie die andere mussten am Ende diese Bundesgenossen ertragen, die sie nötig haben, damit sie ihnen in ihrer sozialen und erzieherischen Tätigkeit zur Seite stehen.

Seit langer Zeit kämpfen Kirche und Staat um das Kind. Die Schulfrage ist so ziemlich überall der wesentliche Kern der clerikalischen Frage. Das zeigt sich auch in Belgien. Die Kirche stützt sich auf ihr überleitetes Recht; sie war die erste Organisatorin des Unterrichtes, und es ist nicht ihr Brauch, die Vorrechte, die sie genießt, freilichwillig aufzugeben. Ist es nicht schon neun Jahrhunderte her, daß sie ihr Recht der bishöflichen Investitur gegen die Fürsten verteidigt? Es ist zu vermuten, daß sie ihre Rolle als Erzieherin nicht so leicht aufgeben wird. Sie empfindet es tief, daß sie, um den Menschen in der Hand zu haben, ihn von seinen Kindesjahren an zu ihrem Gebrauch formen und formen muß. Für diese Arbeit, die von auschlaggebender Wichtigkeit ist, vernäht sie sich nicht einmal auf die weltliche Gewalt, wenn diese ihr freundlich gefüllt ist, und ihr Kampf gegen das offizielle Unterrichtswesen geht seit der Eroberung der Regierung durch die Clerikalen mit der selben Hardnäckigkeit weiter wie früher unter der liberalen Herrschaft. Der Unterschied ist der, daß jetzt die Regierung ihr hilft, die Schulen der Regierung selbst zu befördern!

Es ist wohl angebracht, darauf hinzuweisen, daß in diesem Lande, wo die beiden Mächte um das Recht, die Jugend zu erziehen, einen so bitteren Kampf führen, die Jugend ganz jämmerlich ergangen wird. Während man auf 10000 Lekten in Deutschland nur 5 und in Frankreich 470 vollständige Analphabeten findet, gibt es deren 1010 in Belgien, und unsere beiden großen bürgerlichen Parteien haben gleich wenig getan, um diesen beklagenswerten Zustand zu befeichten, der übrigens tiefe wirtschaftliche Ursachen hat. Sie kämpfen um die jungen Intellektuellen, um sie zu beherrschen, nicht um sie zu bilden.


<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>Prozentzahl</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>18</td>
<td>13</td>
</tr>
<tr>
<td>19</td>
<td>14</td>
</tr>
<tr>
<td>20</td>
<td>15</td>
</tr>
<tr>
<td>21</td>
<td>16</td>
</tr>
<tr>
<td>22</td>
<td>17</td>
</tr>
<tr>
<td>23</td>
<td>18</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Das ganze antiklerikale Wirten der Regierung Frère-Orban hatte also die Zahl der des Lebens kündigen Kinder nicht einmal um 1 Prozent erhöht. Die haben offizielle Zahlen den Baskwilt der Schulpolitik des Liberalismus beredter gekennzeichnet.

Es wäre also ungerecht, zu behaupten, die katholische Partei allein hätte die Kinder unseres Volkes zur Unwissensschaft verurteilt. Die beiden bürgerlichen Parteien tragen in dieser Hinsicht die gleiche Verantwortung. Die katholische Partei hat die Schulpflicht nicht eingesetzt, aber die liberale Partei tat es ebenfalls im Laufe der vielen Jahre, die sie an der Regierung verbrachte, und obwohl ein dahingehender Antrag schon im Jahre 1847 formuliert worden war, als Resultat der offiziellen Enquete über den Zustand der Arbeiterklasse, die einen fast ungläublichen Zustand des intellektuellen Elends aus sicht gebracht hatte. Die liberale Partei hat sich zwar ausnahmsweise, seitdem sie in der Opposition steht, mit dieser Reform befreundet, aber die klerikale Partei ist desgleichen, und man kann den Augenblick voraussehen, wo sie die Schulpflicht verweigern wird in Anbetracht des wachsenden Verlangens der Industriellen, gebildete Arbeiter zu haben, um die raffinierten Methoden der modernen Technik anwenden zu können.

Der Hauptkampf zwischen den Fraktionen der Bourgeoisie dreht sich nicht um die Frage, ob das Kind weniger oder mehr gebildet werden soll, sondern um die Entscheidung darüber, wer das Kindes Herr sein soll. Und seitdem die bestehenden Maßnahmen aus Furcht vor dem Sozialismus die Macht der Kirche anvertraut haben, ist diese auf dem Wege, mit dem methodischen und gebildeten Fleiß, der sie kennzeichnet, ihr Vorrecht, die Erzächerin der Jugend zu sein, zurückzunehmen. Die von jeder behördlichen Bormundshafter (von einer nahezu illusionären Inspektion abgesesehen) bestreiten katholischen Schulen vermehrten sich, und entziehen den offiziellen Schulen nach und nach ihren Schüler. Sogar in den großen von den Liberalen beherrschten Städten hat sich die Schülerzahl der liberalen Schulen seit zehn oder fünfzehn Jahren zum mindesten verdoppelt. Früher wurden sie nur mit dem Geldes der Gläubigen erhalten, das Gesetz von 1884 aber gestattet den Gemeinden, sie als Gemeinschaftsschulen anzuerkennen und ihnen damit den Weg zu Subventionen zu eröffnen. Inzwischen hat man auch angestrebt, die „der Aufrechterhaltung fähigen“, das heißt in der Praxis alle klerikalen Schulen zu subventionieren. Unter der liberalen Regierung beriefen sich die Katholiken auf die Autonomie der Gemeinden; sie forderten für die ihnen ergebenen Kommunalverwaltungen

¹ Ein ähnlicher Antrag war schon 1831 eingeführt worden, aber ohne den geringsten Erfolg.


Um von der Liberalisierung unseres Unterrichtswesens einen vollständigen Begriff zu geben, sei nur noch hinzugefügt, daß die aus Frankreich herübergekommenen Namen seit kurzem in fast allen Gemeinden katholische Kinderbewahrtafeln gegründet haben, und daß die Orden an dem Ausbau eines bereits blühenden Gewerbeunterrichtes tätig sind, während die Regierung beinahe offen die Handwerks- und Gewerbeschulen bestürmt, die von den antifideistischen Gemeinde- und Provinzverwaltungen ins Leben gerufen wurden.

Zusammenfassend kann man also sagen, daß die lange Herrschaft der katholischen Partei nicht auf einem Fortschritt des liberalen Geistes in der Bevölkerung beruht, ja daß sie, wie wir es gesehen haben, nicht einmal einen solchen Fortschritt veranlaßt hat; aber sie hat einen erheblichen Zuwachs der liberalen Macht zur Folge gehabt. Das Volk ist heutzutage weit weniger glaublich als vor einem Viertelsjahrhundert, aber der Einfluß der Kirche ist viel größer. Darin liegt nur für jene Voltairianer der alten Schule ein Widerspruch, die noch an die Möglichkeit glauben, dadurch die „Niederträchtige zu
7. Die antiklerikale Reaktion.

Wenn das Volk die Jahre zeigt, ruft die Bourgeoisie gern den Pfaffen zu Hilfe, in dem sie einen unwiderbaren Menschenhändler erkannt hat. So bald jedoch die Geschichte vorüber ist, möchte sie den Pfaffen wieder wegschieben, damit er ihr das Feld frei läßt. Dann kommt es vor, daß der Pfaff den Platz nicht räumen will, und da gibt es Streit. So steht die Sache heutzutage in Belgien.


Und auch so hat die Geschichte einen Haken. Die Kirche erzeugt zwar unterworfen, aber auch schmerzhafte und stumme durch den Proletarier. Das machte früher nicht soviel aus, als sich die Aufgabe des Arbeiters auf einige stets wiederholte, sozusagen automatische Befehle begrenzte, als er wirklich nur der dienende Diener der Maschine war. Heute aber steht die Sache anders aus. Die Tätigkeit des industriellen Arbeiters erfordert sich über ein größeres Gebiet. Er ist zum Führer der Maschine geworden, er lenkt sie, er leitet sie, er beeilt sie sozusagen mit seiner Intelligenz. Er braucht manchmal ebensoviel Aufmerksamkeit, Regsamkeit, Initiative und Individualität wie der technische Geschäftsleiter selbst. Das ist einer der großen Widersprüche,
denen der Kapitalismus Kraft seiner eigenen Fortentwicklung gegenübergestellt wird: auf der einen Seite muß er den Proletarier in seinem Jüngsten der Halsbürgigkeit erhalten, um seine Herrschaft über ihn zu behaupten; auf der anderen muß er ihn zur Menschenwürde emporheben lassen, damit er imstande sei, seine stets wachsende Aufgabe bei der Produktion zu erfüllen. Das eine Mal zieht die Jüngsten, das andere Mal der liberale Geist. Die Bieder- sprüche, die daraus im Verhalten der herrschenden Klaffen entstehen, sind ein großer Vorteil für das Proletariat.


* * *

Habe ich es nötig, davon zu erinnern, daß insbesondere das Proletariat gegen die Tarifale Regierung die schwersten Anklagen vorzubringen hat? Man kann diese in ein paar Wörter zusammenfassen: Verweigerung der bringendsten Reformen und systematische Versuche, die Arbeiterklasse zu unterjochen.

In einem solchen Falle verteidigt eine kräftige Klasse sich selbst, und wir haben gesehen, daß unsere Arbeiter dies denn auch während der großen Periode unserer Parteigeschichte glänzend besorgt haben: die Pfaffen und ihre „sozialen Werke“ faßen an ihnen keinen Rückhalt, und sie rangen den reactionären Ministerien mehr Konzessionen ab, als sie unter irgend einer früheren Regierung hatten bekommen können; so mahr ist es, daß die Erklärungen des Proletariats weit mehr von der Macht abhängen, die es betätigt, als von der politischen Farbe der Regierung, der es unterworfen ist.


Stimmenzahl noch unbedeutender als anderswo. Die Lebensdauer der katholischen Regierung übertreft jede bilgige Voraussicht, trotz der offenen Feindseligkeit der öffentlichen Meinung, weil das Land trotz allem vor dem Experiment einer liberal-sozialistischen Regierung zurückschreckt. Die Voraussicht dieses Experimentes ruft bei den Arbeitern natürlich gar keine Begeisterung hervor, und es ist sicher nicht der Bulgarantiereformalismus, der es der Partei ermöglichen wird, unter den Arbeiterschichten, die für die Katholiken stimmen, Fuß zu finden, während es aus der anderen Seite unter den besitzenden Klaffen manchen gibt, der zwar die Liberalen am Nuder haben möchte, aber davor zurückschreckt, die sitt der Jagdgründe der Bourgeoisie alten Wilderern anzuvertrauen, und wenn es auch solche waren, die das Wildern schon seit langer Zeit aufgegeben haben.

Man hat herausgerechnet, daß, wenn die Proportionalverwertung vollkommen wäre, das heißt, wenn die Hälfte der Abgeordneten, die auf jede Partei entfallen, in genauem Verhältnis zu der im Lande für sie abgegebenen Gesamtstimmzahls standen, daß dann die liberale Majorität von 6 Stimmen verschwinden und vielleicht gar sich in eine Minderheit von 2 Stimmen umwandeln würde. Nun wird im Jahre 1912 die Hälfte der Abgeordneten um mindes- tens fünfsehn Mann erhöht werden müssen, um nach der bisher üblichen Praxis der Vermehrung der Bevölkerungszahl Rechnung zu tragen. Wenn man wie 1902 einfach Nachwahlen vornehmen würde, ohne Parlamentsauflösung, so würde der Wählmechanismus getäuscht werden, und der Minderheit würde für zwei Jahre ein abnormaler und äußerst bedenkender Bür- wachs ihrer Majorität zugute kommen. Wenn dagegen das Parlament aufgelöst werden sollte, so würde das für die Opposition einen Gewinn bedeutend; man hat berechnet, daß sie dann auf eine Verschiebung von 4 Stimmen zu ihren Gunsten rechnen könnte.

Die Parlamentsauflösung und die vollkommene Proportionalverwertung scheinen also die Mittel zu sein, die Majorität der Rechten endlich zu stärken. Liberale und Sozialisten bereiten sich denn auch vor, in diesen beiden Fragen einen energischen Sturmgang auf die Regierung zu unternehmen. Ich verma- gen den Ausgang des Kampfes nicht vorzusagen. Ich will vorlängig nur diese eine Tatsache betonen, daß die Mittel selber, wovurch die Antiklerikalisten eine Majorität zu erhalten hoffen, zeigen, daß sie nur eine äußerst schwache Majo- rität erwarten dürfen, die vielleicht 2 Stimmen nicht übersteigen würde, und die sich dann, wenn sich die andere der vorgesehenen Wahlen innerhalb einer Zeitspanne von zehn Jahren, nur 6 oder 8 Stimmen betragen könnte. Jedenfalls steht es fest, daß eine antiklerikale Regierung nur mit Hilfe einer absoluten Disziplin der verschiedenen Fraktionen, auf die sie sich stützen würde, regieren könnte. Zu ihrem Schuhe würde es genügen, daß sie sich in einer wichtigen Frage zwei oder drei der reaktio- närsten Liberalen gegen sie würden, die den Arbeitersforderungen den größten


2 Dieser Artikel war vor der Eröffnung der Novembersession der Kammer geschrieben. Der geplante Angriff auf die Regierung ist recht ungeschickt ausgefallen, und die Block- politik mit den Liberalen scheint heute schwächer als je zu verwirklichen.
Häß entgegenbringen, zwei oder drei Industriemagnaten, die auf den Bänken der Räten gemütermaßen die kapitalistische Ausbeutung verkörpern.

Unter solchen Umständen wollen viele unserer Freunde das Experiment wagen; sie wollen, daß die Partei sich darauf vorbereitet — die Partei, die als Sektion der Arbeiternationale auf der Grundlage des Klaffenkampfes steht!

8. Das antiklerikale Ministerium.

Gesetzt den Fall, der „Block der Räten“ käme bei den nächsten Wahlen aus Ruhe mit einer Mehrheit von 2 oder gar von 4 oder 6 Stimmen, und ein antiklerikales Ministerium käme zustande, ganz gleich, ob mit oder ohne Zusage einiger Sozialisten. Was könnte man da von dieser Regierung erwarten, was würde man von ihr hoffen — oder was müßte man von ihr fürchten?


Soweit wir uns jedoch die Sache etwas näher an. Da werden wir zunächst konstatieren, daß diese rettende Regierung auf sehr schwachen Füßen stehen würde. Beinahe ohne Mehrheit in der Kammer, wäre sie höchst wahrscheinlich in der Minderheit im Senat, der nach einem reaktionären Wahl system zusammengesetzt ist, so daß sie genötigt wäre, zwischen zwei Kammern mit entgegengesetzten Meinungen hin und her zu äußern — eine Situation, in der sie die bedeutende Initiative unterlagt ware, und in der sie sich schließlich damit begnügen müßte, die laufenden Geschäfte zu erledigen. Aber wir wollen auf diese sozusagen einleitende Schwierigkeit nicht einmal zu großes Gewicht legen, obwohl sie beinahe unvermeidlich einen Stein des Anstoßes bilden würde. Allgen war wir also die Voraussetzung zu — in der Theorie kann man mit Voraussetzungen leicht freigebig umgehen, — sie könne durch irgend einen noch unbekannten Kunstgriff das Problem des Senats lösen. Würde ihre Lage deshalb so viel günstiger sein?

Ihre winzige Majorität würde dann aus äußerst verschiedenartigen Elementen bestehen, die einander noch viel fremder gegenüberständen als etwa jene, auf die sich zur Zeit der französischen Blockherrschaft die Ministerien Waldeck-Rousseau und Combes führten. Sie würde neben Sozialisten und mehr oder weniger wohlsiehten Radikalen liberale aller Schattierungen umfassen, von denen nicht wenige ungesühnt der politischen Färbung der deutschen Nationalliberalen entsprechen. Die Ausstellung eines Regierungsprogramms ist unter diesen Umständen begriffenweise ein Kunststück von mehr als

Das erste Glied der Trilogie ist das gleiche Wahlrecht. Das steht freilich ganz schön aus und ist wohl geeignet, eine Partei wie die unsere zu verführen, die seit fünfundzwanzig Jahren das allgemeine gleiche Wahlrecht in der ersten Reihe ihrer Forderungen stehen hat.

Indessen tritt hier schon gleich eine Schwierigkeit auf: um das gleiche Wahlrecht einzuführen, muß die Verfassung revidiert werden, was nach ihrem Artikel 131 erforderlich macht, daß der neue Text in jeder der beiden Kammern eine Zweidrittelmehrheit auf sich vereinige. Im Jahre 1912 wird eine Zweidrittelmehrheit eine Mehrheit von etwa 60 Stimmen sein, und die antikerlassale Mehrheit würde höchstens 6 Stimmen betragen... Wozu also diese Versprechungen, von denen man weiß, daß man nicht imstande ist, sie zu verwirklichen? Man darf dabei nicht vergessen, daß die gemäßigten Liberalen, die Volkminer, lange Zeit die harthäuptigen Gegner des allgemeinen Wahlrechtes waren, daß ihre Opposition gegen diese Reform einen der Gründe des Bestehens ihrer besonderen Fraktion und eines ihrer Hauptmerkmale bildete, daß sie in der konstituierenden Versammlung von 1908 nahezu die einzig waren, die sogar gegen das ihnen noch zu radial erscheinende allgemeine Pluralwahlrecht stimnten, und daß ihr jetziger Führer, Herr Paul Hymans, sich erst nach einem langen Widerstand und gewissermaßen aus Erfahrung entschlossen konnte, der Einführung der politischen Gleichheit zugestimmen. Ist es unter berativen Umständen verwegern, zu glauben, daß diese Herren am Ende so gescheit haben wie jene französischen Abgeordneten, die gerne bereit sind, für arbeiterfreundliche Reformen zu stimmen, von denen sie wissen, daß man ihnen im Senat schon den Halb umbrechen wird, oder wie jene amerikanischen Parlamentarier, die die radikalen Maßregeln beschlossen, wenn sie sich finden, daß die Regierungen sich weigern werden, sie durchzuführen? Unsere „sozialräder“ Liberalen stimmen für das gleiche Wahlrecht nur unter der Bedingung, daß es nicht verwirklicht wird.

Auf der anderen Seite ist die Rechte lange nicht einmütig und unversöhnlich gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht. Viele ihrer christlichsozialen Mitglie, wie die Herren Rencin, Carton de Wiart, de Lantubeere und andere haben seinerzeit Karriere gemacht, indem sie sich für diese Reform ins Zeug legten. Und wenn sie auch heute aus Gründen des Parteiinteresses scheinen, so könnten sie doch morgen, wenn sich die Verhältnisse ändern sollten, durch eine Umkehrung ihrer Taktik ihre ganze Abhängigkeit wiederfinden. Es wäre ihnen dann um so leichter, einen bedeutenden Teil ihrer Fraktionskollegen mit sich hinzureißen, als viele von ihnen genötigt sind, der Meinung der Arbeiter, ohne deren Stimmen sie nicht gewählt werden würden, Rechnung zu tragen. Der klerikale Abgeordnete Colaert hat sogar vorgeschlagen, das gleiche Wahlrecht zugunsten der Bedingung, daß es den beiden Geschlechtern gewährt werde; da die Frauen hierzulande im allgemeinen am meisten unter

Diese kurzen Andeutungen gentigen wohl, um zu zeigen, wie falsch die Behauptung ist, die Wahlrechtsfrage sei bei uns eine jener Fragen, die eine reinliche Schiedung der beiden bürgerlichen Parteien bedingen: das allgemeine gleiche Wahlrecht hat sich anerkannte Parteigänger und versteckte Gegner links wie rechts. Es ist absolut ausgeschlossen, daß es im Parlament durch eine Parteibesitzung zum Siege gelangen könnte. Es ist also ein schlechter Weg, wenn man uns seine Einführung gleichsam als Morgenlage eines antijiggeralischen Majoritätsvertrages. Seine Stunde wird erst schlagen, wenn das Proletariat durch eine sich stark festernde Agitation den Giften aller Parteigänger der Reform wieder ausgeräumt und diesen, die sich auf sie verpflichtet, aus ihrem diplomatischen Schweigen erstwelt haben wird, wenn es sämtliche bürgerlichen Fraktionen übergibt haben wird, daß sie bisher Frieden noch haben werden, solange sie nicht ein gerechtes Wahlrecht eingeführt, und wenn schließlich das Proletariat es endlich wagen wird, die ganze Gerechtigkeit zu fordern, das heißt wenn wir nicht mehr das traurige Schein- spiel werden ansehen müssen, das Arbeiter das Wahlrecht ihrer Arbeiterschwestern sicherten.

* * *

Aber, so antworten die Antijiggeraler, der Umsturz der clerikalischen Regierung wird uns das allgemeine gleiche Wahlrecht für die Provinzial- und Kommunalwahlen sichern. Es gibt keine Verfassungsbestimmung, die sich dem widerlehnt, ein einfaches Gesetz genügt, um es durchzuführen, seine Annahme ist also von dem Augenblick an gefährdet, wo die Majorität der Linken siegt, auf deren Programm es steht.

Gemäß! Es steht nicht auf dem Programm der Majorität der Linken. Die diktatorischen Liberalen haben sich trotz aller gegenteiligen Behauptungen nicht zu seinen Gunsten ausgesprochen, und sie sind es gerade, die bei seiner Einführung am meisten zu verlieren hätten: es würde sie der bedeutenden Macht berauben, über die sie in den großen Städten verfügen, und die zu ihrer numerischen Stärke in gar keinem Verhältnis steht.

Das Verbrechen der Liberalen Linken in bezug auf das Wahlrecht der Provinzen und Kommunen hat im April 1906 die Gestalt einer feierlichen Fraktionssiegung angenommen. Diese sagt — nach einer Begründung, die hier nicht wiederholt zu werden braucht — wörtlich folgendes:

"Die liberale Linie befürwortet einstimmig, daß es angebracht ist, das allgemeine Wahlrecht für die Provinz und die Gemeinde einzuführen, und feine anderen als die folgenden Bedingungen zu seiner Durchführung aufzuzeiten:

1. Erstens die vollständige Proportionalvertretung in allen Gemeinden des Landes und für die Hälfte der Provinzialratsmitglieder.

2. Zweitens eine Stimme jedem mindessten fünfundzwanzig Jahre alten und seit mindessten einem Jahre anlässlichen Bürger."
„Drittens eine zweite Stimme jedem mindestens fünfunddreißig Jahre alten Familienvater auf Grund dieser einzigen Eigenschaft und ohne weitere Bedingung.

Es wäre angebracht, zu untersuchen, welche Maßregeln außer dem durch die bestehenden Gesetze festgelegten Garantien bei diesem System getroffen werden könnten, um die gute Verwaltung der gemeindlichen Finanzen und Geschäfte zu sichern.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen; nur machte ein Fraktionsmitglied, Herr Röger aus Lournat, die Einschränkung, er nehme für sich das Recht in Anspruch, gegebenenfalls für das uneingeschränkte allgemeine gleiche Wahlrecht vom einundzwanzigsten Jahre an zu stimmen."

Herr Röger ist heute nicht mehr Abgeordneter. Aus der wiedergegebenen Resolution geht also hervor, daß sein liberaler Abgeordneter, und wenn er ein Radikal wäre, mehr für das allgemeine gleiche Wahlrecht für Gemeinde und Provinz stimmen darf, wenn er wenigstens der eingegangenen Verpflichtung treu bleiben will — was allerdings, um die Wahlzeit zu sorgen, nicht gerade die Hauptzüge der liberalen Abgeordneten ist.¹

Nun freilich — die Fortschrittlichen unter ihnen dürften diese Verpflichtung ignorieren, aber es ist nicht unbedeutend sicher, daß viele Gemäßigte bei den oben angedeuteten Einschränkungen stehen bleiben würden, und es ist leicht einzusehen, daß sie nichts weniger als unverbindlich sind. Sie bedeutet eine ernste Gefährdung der gemeindlichen Autonomie: die liberale Boursogeodie hat gar nichts gegen die Demokratisierung der Gemeinden, unter der Bedingung, daß man sich vorher an Händen und Füßen bindet und sie so „unschädlich macht“. Man kann sich nur darüber wundern, daß dieselben Genossen, die zurzeit einen so energischen Kampf gegen die Regierung führen, weil sie die Lokalautonomie auf dem Gebiet des Schulwesens angreifen, dem Gedanken einer liberalen Regierung, die jene in der Praxis aufheben würde, so viel wohlwollende Sympathie entgegenbringen.


Und wenn eine antillenfische Regierung eines Tages weiter gehen wollte, so würde sie das gleiche Wahlrecht für Provinz und Gemeinde nur gegen

¹ In der Sitzung vom 6. Dezember 1910 brachten die Sozialisten eine Resolution zugeschnitten auf allgemeinen gleichen Wahlrechts ein; zehn Liberalen, darunter fast sämtliche Parteiführer, enthielten sich der Abstimmung und vier bliesen der Sitzung fern.

* * *

Außer dem allgemeinen Wahlrecht verspricht uns die demokratische Triologie die Schulpflicht.

Ich habe schon Gelegenheit gehabt, die nötige Rolle zu besprechen, die unsere beiden bürgerlichen Parteien auf dem Gebiet des Unterrichtes gespielt haben, und wie sie in gleicher Weise dazu beigetragen haben, das Volk in frasier Unwissenheit zu erhalten. Es ist also wirklich bedauerlich, daß, wenn die liberalen sich als die Partei der Schulpflicht par excellence aufspielen, die Sozialisten diese Besaunung rigoros ablehnen und ihnen zu glauben scheinen. Es ist allerdings wichtig, daß das letzte Liberale Ministerium eine Novelle zur Einführung der Schulpflicht einbrachte, aber es hatte so wenig Eile, sie durchzubringen, daß sie zu der Zeit, wo die Regierung gestürzt wurde, nicht einmal zur Diskussion gelangt war. Man stülpfte offenbar die unverschämte Opposition der Industriellen, namentlich jener, die in Gent underviers den Liberalen ein günstiges Wahlresultat sicherten: diese wollten nicht haben, daß die Schule ihnen die billigen Arbeitskräfte streitig machte. Erst nachdem die klerikal-latifale Regierung unter dem Druck der Arbeiteragitation ein Gesetz durchgebrückt hatte, das Kindern unter zwölf Jahren die Fabrikarbeit untersagt, sprach sich der Liberalismus klipp und klar zugunsten der Schulpflicht aus. Und auch dann mußte man mehrere Jahre auf die Beförderung der Doktrinäre warten.

Jedessen ging zu gleicher Zeit auch die Feindseligkeit der Katholiken gegen das Prinzip der Schulpflicht zurück. Wenn sie auch diese in ihrer gewohnlichen Gestalt mißtrauisch betrachteten, so tun sie das nicht mehr so sehr deshalb, weil sie stützten, daß dann jedes Kind überhaupt eine Schule besuchen würde, sondern vielmehr, weil sie von dem gesellschaftlichen Drang fürchte, er könne die Kinder zum Schaden der katholischen Schulen in die offiziellen Schulen hineinziehen. Es ist der Kampf zwischen Staat und Kirche um die Führung der Kindervereignung, der sich in dieser neuen Gestalt offenbart.

Die Konfiskierung dieser Stimmung hat das Mißtrauen, daß die Rechte der Schülerpflicht entgegenbrachte, erheblich vermindert, und eine mit jedem Tage stärker werdende Ernennung zu ihren Gunsten macht sich sogar in den Reihen der Majority bemerkbar. Hervorragende Katholiken vertreiben sie jetzt ganz offen, und ihre Verfechter haben im Jahre 1909 auf dem katholischen Kongreß in Mecheln, der zur Füre des fünfundzwanzigjährigen Bestehens der Natio-
nalen Regierung eingeführt worden war, einen charakteristischen Erfolg er-
riessen. Die Aussaftung, daß die Reform in kurzer Zeit mit einem Übereinkommen
von Elementen aller Parteien auf Grund gemeinsamer Konfessionen zustande
kommen wird, nimmt denn auch mehr und mehr eine bestimmte Gestalt an.
Ich fürchte nur, daß unsere Antifrieden dabei — alles kommt vor! — den
Pfaffen ihren Anteil zu reich bemessen.

Ein ähnliches Übereinkommen ist im Jahre 1909 in der Frage der Heeres-
reform zustande gekommen, die das dritte Oly der demokratischen Trilogie
darstellt.

Die Sozialisten vertreten hier wie überall sonst das Militärsystem: niemand
in die Kaserne. Die Liberalen als Ganzes vertreten die allgemeine Dienst-
pflicht: jebermann in die Kaserne. Es ist mir nicht recht klar, wie man es
fertig gebracht hat, zu glauben, daß dies eine durchaus genügende Übereinstim-
nung und eine soge Grundlage für die Aufstellung eines gemeinsamen Pro-
gramms bildet. Man hat dies übrigens in ausdrücklichen Formulierungen, deren Ge-
nauigkeit man nur bewundern kann: „eine gerechtete Bertellung der militärischen
Kassen“.

Man hat dem freilich eine genauer umschriebene Förderung hinzugefügt:
die Abgaben der Stellungsbefugnisse. Belgien hatte in der Tat bis vor
ganz kurzer Zeit die Einrichtung beibehalten, wonach den Reichen das Recht
zusteht, sich „einen Mann zu kaufen“, damit er an ihrer Stelle Soldat werde.
Daß die Sozialistische Partei ein so schändliches Vorrecht bekämpfte, ist selbst-
verständlich. Die Militärpflicht, mit dem gesamten Offizierskorps an der Spitze,
beleidigten es auch, denn die sachverständigen Leute waren sich schon lange
im klaren darüber, daß das Recht des Bourgeois auf Stellungsbefugnis die Bil-
dung einer wahrhaft nationalen Armee verhinderte, der einzigen Militärorgani-
sation, die in einem modernen Staate eine große Ausdehnung gewinnen und
für die von Bolke bedeutende Opfer erlangen könnte. Und seitdem Belgien
den Weg des Imperialismus eingeschlagen hat, seitdem es eine Kolonie besitzt
und von weltpolitischen Abenteuern träumt, gehört eine starke Armee zum
Aktionsprogramm seiner herrschenden Klasse. Das ist der Grund, weshalb die
Wünsche der Sozialistischen Partei und die Interessen der liberalen Parteien, die
stets die militaristische Partei par excellence war, sich in diesem Punkt
einigten.

Die Katholiken ihrerseits haben der persönlichen Dienstpflicht gegenüber
lange in einer absoluten Opposition verharrt. Auch hier waren sie dem Prinzip
nur bis zu einem gewissen Grade feindlich gesinnt, aber sie erblickten in dem
Stellungsbefugnisses das einzige Mittel, alle Geistlichen vom Militärdienst
to freien. In einem Lande, das die Kongregationen offiziell ignoriert und
wo die Orden keine zivilrechtliche Sonderstellung haben, schien es ihnen in der
Tat schwer, auf eine andere Art ein beratiges Vorrecht zugunsten der Mönche
to schaffen. Es hatte darum den Anschein, als ob die persönliche Dienstpflicht
nur von einer Regierung der Linken verwirklicht werden könnte. Und doch
würde sie unter der jezigen Regierung von einer Majorität beschlossen, die
einen großen Teil der fleißigen Abgeordneten und der Gefämligkeit der Liberalen
und Sozialisten umfasste. Die Linke hat die Freilassung der Mönche als Kon-
zeption gewählt, was tatsächlich eine Verhöhung aller unserer Rechtsprinzipien
ist, und was die Rechte nie allein zu beschließen gewagt hätte; dagegen hat
die Rechte eine Form der perfidien Dienstpflicht angenommen, die ihre flei-
sfalen Empfindungen nicht mehr verleugte.

Man hat also die Gelegenheit ergrißen, die militärischen Lasten „gerechter
zu verteilen“ – indem man sie vermehrte. Die Dienstzeit in der Infanterie ist auf
fünfsehn Monate herabgesetzt worden, aber die ältesten Söhne aller Familien
und alle unehelichen Söhne müssen zum Militär gehen, was daß jährliche
Kontingent um mehr als ein Drittel erhöht und die Durchschnittszahl der
Soldaten unter den Waffen um 6000 bis 7000 vermehrt. Die Sozialisten
haben dieser Maßregel, deren militaristischer Charakter ins Auge fällt, ihre
Zustimmung gegeben – ein trauriges Vorspiel zur Blockpolitik! Aber das ist
nicht der Punkt, auf den ich besonders aufmerksam machen will. Ich will
nur zeigen, daß die antiferritale Linke in der Militärrfrage ebensowenig wie in
der Wahlrechts- oder Schulzpflichtfrage eine eigene Politik hat, die sie der Rechten
tengegenstellt, und daß es äußerst wahrscheinlich ist, daß man, wenn neue Ver-
bräugungen der Dienstzeit in der Zukunft erwartet werden sollten, diese viel leichter
von der Rechten erhalten würde, die namentlich die dem Militarismus feind-
liehen Vaen vertritt, als von der doberlinischen Linie, die dem Militarismus
bis auf äußerste immer ihre wärmste Unterstützung hat angedeihen lassen.

* * *

Die demokratische Trilogie hat einen Anhang: die Arbeiterfrühgesetzgebung.
Man spricht zwar sehr wenig von ihr in den antiferritalen Manifesten, aber
sie wird immerhin von Zeit zu Zeit erwähnt.

Es würde allerdings fäwhver, auch nur eine sozialpolitische Arbeiterfrüh-
ungsmaßregel ausführen zu machen, die nicht auf den Widerstand wenigsten einer
gewissen Anzahl von Liberalen stoßen würde. Es wäre zum Beispiel mehr als
abgeschmack, etwa von einem Herrn Baroqué, einem unserer größten Gruben-
magnaten, oder von einem Herrn Boët, einem der Schloßbarone unserer Metall-
industrie, oder von irgend einem anderen jener liberalen Unwälte der Groß-
industrie im Parlament zu erwarten, daß sie gegen ihre unmittelbaren kapita-
listischen Interessen stimmen, um der Regierung ein Vergnügen zu machen.

Es gibt zweifellos mehr Parteidänger der Arbeiterfrühgesetzgebung auf
der Rechten als auf der liberalen Linie. Eine Regierung der Linken könnte
also auch der geringsten sozialpolitischen Reform nur in der Weise zum Siege
verhelfen, daß sie eine gemischte Majorität für sie rekruitieren würde, genau
so, wie es die heutige klerikale Regierung tut. Der Unterschied ist der, daß
sie sich damit die Feindschaft der Doctrinäre auf den Hals laden würde, ohne
deren Unterstützung sie nicht würde leben können, und daß sie darum noch
weniger als die jezige Regierung geneigt sein dürfte, Initiativen zu ergreifen,
die ihre Graften selber in Gefahr bringen.

Man begreift es danach, daß Genoße Destrée bei der Diskussion eines
sozialpolitischen Gesetzentwurfes in der Kammer ausrief: Weilen wir uns, den
Entwurf angenehmen, bevor die klerikale Regierung gestürzt wird; sobald wir
eine liberale Regierung haben, wird es nicht mehr gehen!

Wenn ich das Programm der ernsthaften Regierung der Linken etwas ausführlicher erörtert habe, so tat ich es nicht des Interesses wegen, das die Details unserer belgischen Politik an und für sich bieten. Ich habe vielmehr durch die Prüfung der Tatlagen den scheinbar paradoxen, aber nichtseptiemenologen richtigen Satz beweisen wollen, daß die beiden einander gegenüberstehenden Blocks trotz der Lebhaftigkeit des Kampfes zwischen Kerifikalen und Antikerifikalen keine scharf entgegengesetzten Programme haben, und daß es unter den auf der Tagesordnung stehenden Reformen keine einzige ernsthafte gibt, die nicht in beiden Lagern ihre Parteigänger und ihre Feinde hätte.

Ich habe daraus hingewiesen, daß dieser Zustand eine Regierung der Linken, die notwendigerweise nur über einige Stimmen Majorität verfügen würde, in die Unmöglichkeit ver setzen würde, irgendwelche bedeutende Maßregeln durchzubringen, ohne sich auf einen Teil der Rechten zu stützen. Diese Voraussicht wird durch die Tatfrage bestätigt, daß heute schon die gleichen Ursachen die gleichen Wirkungen hervorruft, und daß unter einer Kerifikalen Regierung auf der Erledigung der laufenden Geschäfte ohne die Hilfe wenigstens eines Teiles der Linken nichts zustande gebracht werden kann. Es werden sogar gegen den Willen der Regierung wichtige Maßregeln beschlossen.

Ich schlage die bereits oben erwähnte Schrift auf, die Bandervelde über die Geschichte des letzten Jahrzehnts der Regierung Leopolds II. veröffentlicht hat, und ich zähle alle von ihm erwähnten gegettegebischen Maßregeln auf, um sicher zu sein, daß ich nichts Wesentliches außer acht lasse.

Es wurden beschlossen:

1899: die Proportionalvertretung; durch eine gemischte Majorität angenommen. 5 Radikale stimmen mit der Rechten und sichern ihren Sieg;
1900: das neue Heeresgesetz; angenommen mit den Stimmen der Rechten gegen die der Linken;
1903: die Entschädigung für Arbeitsunfälle; jede einzelne Bestimmung des Gesetzes wird von einer verschrieben zusammengefaßten Majorität angenommen. In den meisten Fällen vereinigen die Junge Rechte, die Sozialisten und viele Radikale ihre Stimmen gegen die Manchessterränäler der Rechten und der Linken;
1904: die Sonntagsruhe; die Opposition wird gebildet vom Premierminister, einigen Kerifikalen Abgeordneten und den doostrinären Liberalen;
1905: die Befestigung Amterexpens; die Junge Rechte und die Sozialisten stimmen dagegen. Die Regierung wird gerettet durch 4 Dostrinäre, die mit ihr stimmen;
1906: das Bergbaugesetz (Amendment zur Regelung der Arbeitsverhältnisse); angenommen mit 76 Stimmen der Sozialisten, Radikalen und Mitglieder der Jungen Rechten gegen 70 Kerifikale und Dostrinäre;
1908: Übernahme der Kolonialrie; angenommen von den Kerifikalen und der Mehrzahl der Liberalen gegen die Sozialisten, einige Radikale und vereinzelte Kerifikale;
1909: Antrag Deftse über die Arbeitsverhältnisse im Bergbau; die Reaktionsäre der Linken und der Rechten bliben die Opposition;
1910: Heeresgesetz; 103 Abgeordnete der Rechten und der Linken gegen 50 Abgeordnete der Rechten.
Von den neun erwähnten Maßregeln wurde demnach eine einzige nur mit den Stimmen der Mächtigen beschlossen, und sie ist sicherlich lange nicht die wichtigste. Das geschah übrigens vor zehn Jahren, zu einer Zeit, wo die Regierungsneutralität noch 20 Stimmen betrug.

Diese Feststellung verdient unsere Aufmerksamkeit. Man wird ihre große Bedeutung besser begreifen, wenn man die auffallenden Ähnlichkeiten ins Auge faßt, die — bei allen sonstigen Unterschieden — zwischen unserer politischen Lage und der anderer Länder bestehen.


Das wäre ausdrücklich noch hauptsächlich die Meinungen der Kandidaten sind, die heutzutage die Wahl des Wählers bestimmen, geht deutlich genug aus der Art hervor, wie die bürgerlichen Parteien ihre Wahlskampagne führen. Für Amerika gibt Ostrogorski darüber erwähnenswerte Einzelheiten an. 1 Es fällt einem auf, wie ähnlich die Dinge hierzulande aussehen. Auch bei uns bilden die umstrittenen Fragen nicht dein wahres Kern der politischen Kämpfe; sie spielen vielmehr in ihnen oft nur eine unbedeutende Rolle, und zur Wahlzeit betonen die gegnerischen Kandidaten manchmal mit Vorteil gerade die Punkte, worüber sie allesamt einig sind. So waren bei den Wahlen von 1908 die Sozialisten jaggaben die einzigen, die die Nebenfrage der Kongo- übernahme erörterten, die gleich nach der Wiedereröffnung des Parlamentes entschieden werden sollte, während die Liberalen und Liberalen mit den Arbeiterkandidaten darin wetteiferten, daß sie den Wählern Alterspensionen versprachen, und darin bestand ohne Frage der wesentlichste Teil ihrer Propaganda.

---

hat den Anfecht, als ob es sich nicht mehr darum handeln würde, dem Wäßer klarzumachen, was man tun will, sondern darum, daß man ihm aufs Geratwohl das verprüglt, was einer möglichst großen Zahl von „Stimmen“ angenehm und einer möglichst kleinen Anzahl unlief sein kann.


Um die Ursachen der bedauerlichen Entwicklung, auf die ich hingewiesen habe, nicht einzuschränken, müßte man nie die Triebfedern der Politik in einer bürgerlichen Demokratie beobachtet haben, wo ein Wahltag es ermöglicht, Tausende von Stellen und Vorteilen aller Art zu vergeben — man müßte denn in einem etwas naiven Idealismus befangen sein.

Jede Partei, die Aussicht auf die Eroberung der Macht hat, und wenn es sich um die Lokalgewalt in einigen Gemeinden handelt würde, steht eine Klasse von Leuten, die von der Macht zu leben wünschen, sich in ihrem Schaffe entwickeln. Der eine, der bescheidene, der auf der niedrigsten Stufe der Leiter steht, quält sich ab, um die Kandidaten durchzubringen. Er klopft Plakate an, verteuft Plüschtiere, lobt abends, beim Klage der mit seinen Kameraden, die Vorbienheiten seines Mannes. Hat er sein Recht, darauf zu rechnen, daß die Gemeinderatsmitglieder, die ihm bis zu einem gewissen Grade ihr Mandat schulden, seiner geben, wenn es sich um die Ernennung eines neuen Wahlhüters handeln würden? Ein anderer, der Hausbesitzer ist, hat seine Mieter auf irgendeine Art für seinen Kandidaten gewinnen; wäre es also eine wechselnde Ungerechtigkeit, wenn die Tramwagen, die neu angelegt werden soll, nicht seinem Boden, sondern dem des Nachbars in der Nebenstraße zu einem Wertzuwachs verhelfen würde? Ein Dritter behält eine ansehnliche soziale Stellung, verfügt über einen großen Einfluß, den er in den Dienst seiner Partei stellt, und speist ihre Propagandafasen mit dem nötigen Manmon; ist er nicht der angewiesene Bewerber um eine Bergwerkskonferenz oder um eine jener setten Finanzschnuren, die die Regierung mittelbar oder unmittelbar zu vergeben hat? All diese Regierungen von so verschiedener Größe koalieren sich und untersuchen sich gegenseitig, sie organisieren sich gewissermaßen hierarchisch, indem die Kleinen sich in den Dienst der Großen stellen, um sich dafür ihre Unterstützung zu sichern. Alle zusammen genommen bilden die „Machism“, wie man in Amerika zu sagen pflegt.


Diese Änderung in der Rolle der Parteien findet ihre traurige Bestätigung in der entsprechenden Änderung, die sich in der Tätigkeit der Abgeordneten vollzogen hat.

Wer die offiziellen Parlamentsberichte durchblättert, wird bald merken, dass man die Abgeordneten, die eine ernsthafter gefühlsbedingte Arbeit leisten, an den Fingern aufzählen könnte. Es ist überraschend, dass auch diese im allgemeinen inmitten der absoluten Gleichgültigkeit ihrer Kollegen ihre Aufgabe erfüllen, außer wenn es sich um einen großen „Führer“ handelt, dessen Rede — von ihrem Werte an sich abgesehen — ein taktisches Interesse bietet. Während der Abstimmungen über die wichtigsten Gesetzentwürfe ist die Kammern oft so gut wie verlassen. Sie erlebt sich nur im Augenblick der Abstimmung.

Sobald es aber zur Besprechung der Einzelitems kommt, meldet sich die Hälfte der Abgeordneten zu jedem von ihnen zum Wort; so dass der Tag in Sicht ist, in der jeder Macht den Interpellationen gewidmet wird, machen sich drei Viertel der Abgeordneten gegen seitig den Rang freilich; sobald die Stunde der Fragen an den Minister gekommen ist, wird dieser von einem wahren Dschungel von Fragen überschwemmt. Diese Fragen, Interpellationen und Interventionen in der Statutbesprechung stellen die wirtschaftliche parlamentarische Tätigkeit des Durchschnittsabgeordneten dar.

Man glaube ja nicht, dass er bei der Budgetbesprechung über das Budget selber und über die großen Fragen, die es aufwirft, reden wird. Drei Viertel der Abgeordneten erwähnen das alles nicht einmal. Der eine wird einen Vorschlag in seinem Wahlkreis verlangen, ein anderer eine Senatsmerkblatt für sein Dorf, eine Schule, eine Landstraße oder eine Subvention — aber stets nur unmittelbar für seine Wählerschaft. Oder er wird für die Beamtenkategorien, die in seinem Wahlkreis am zahlreichsten vertreten ist, eine Gehaltsverhöhung fordern, meist ohne irgendwelche Nüchternheit auf die allgemeinen Verhältnisse und die dem Staate geleistete Arbeit. Es sind in der Regel zwar noch öffentliche Interessen, die er verteidigt, aber sie sind recht lokal, recht spezialisiert, sondern nur zu nahe, wo sie in Privatinteressen umschlagen.


Aber alles das ist nur der Teil der Tätigkeit des Abgeordneten, der sich vor der breiten Öffentlichkeit vollzieht und der immerhin noch in mehr oder weniger enger Verbindung mit der eigenen Politik steht. Seine Haupttätigkeit liegt jedoch auf einem anderen Gebiet. Die Stunden, die er im Parlamentsgebäude verbringt, sind oft weniger zahlreich als die, die er in
den Ministerien und Verwaltungskontoren aller Art verlebt. Ernennungen, die er zu erwirken, Empfehlungen, die er zu erteilen, Begünstigungen, die er für eine ganze Menge von Klienten zu erhalten hat, das ist er, was ihn in Anspruch nimmt und ihn oft überanstrengt. Neulich brüstete sich ein Abgeordneter damit, daß er in vier Jahren 5000 Personen einen Dienst erwiesen hätte. Dabei gehörte er zur Opposition, es war ihm also besonders schwer, für seine Mäuler Begünstigungen zu erwirken.


Kein Wunder, daß unter diesen Umständen das Durchschnittsniveau der Kammern bedeutend gesunken ist. Die Sozialistische Partei ist die einzige, der es gelungen ist, ihre besten Männer in die Kammern zu bringen. Was die Liberalen und namentlich die Katholiken betrifft, da verachten entweder ihre besten Elemente ein Amt, das ihnen eine solche Macht überlegt, oder sie bringen nicht durch, weil man ihnen Männer vorsieht, die oft einen anderen Wert haben als den ihres Vermögens oder ihres Einflusses, das heißt der Stimmenzahl, die sie ihrer Partei zuführen. Ein Tierarzt, der in seinem Kanton Massachusetts hat und dazu etwas getrieben ist und nicht zu viel von Strumpeln geplagt wird, ist leicht taufend oder zweitaufend Stimmen wert, die er von der gegenwärtigen Liste wegnimmt. Ein niedrigerer Politiker hat meist keine beratende Funktion. Der erste wird also ein vorzüglicher Kandidat sein, der zweite würde jämmerlich abschneiden und der Maschine seinen Dienst leisten, ja nicht einmal der Partei, wenn diese schon drei oder vier ernsthaften parlamentarischen Führer hat, also genug, um im Parlament ihren Mann zu stellen.


Das Ministerium kann auf die nahezu absolute, nahezu blinde Unterstüzung „seiner“ Mehrheit rechnen für die Annahme des Budgets und der Eingeleist, und um es aus den parlamentarischen Ballstichen zu befreien, in die es die gegnerische Partei hineingelassen versucht. Mit einem Worte, sie sichert dem Ministerium die Existenz. Dieses ist den befreundeten Abgeordneten dafür sein goldenes Wohlwollen schuldig, für sie selber und namentlich für ihre Klientel. Der stillschweigende Vertrag zwischen beiden reicht jedoch nicht weiter. Er tritt außer Kraft, sobald es sich darum handelt, neue Gesetze zu beschließen, wenigstens sofern sie nicht eine unmittelbare Folge der Notwendigkeiten des Regierens sind. Denn die Erstellung ihrer gesetzgeberischen Funktion bringt die verschiedensten sozialen Gruppen, die verschiedenen Schichten der Bourgeoisie miteinander in Konflikt, deren Vertreter durch die Partei-
maschine zum Zwecke der Eröberung der Exekutivgewalt auf gemeinsame Kosten und für ihren gemeinsamen Vorteil vereinigt worden sind. So sprengt jede Reform die übliche Disziplin der Parteien.


Leopold II., der außer seinen konstitutionellen Befugnissen als Kaiser der Schulfinanz einen gewaltigen Einfluss ausübte, war ein Meister in der Kunst, diese Mittel anzuwenden, wenn es ihm darauf ankam, irgendeine ihm selber

So wird die Gesetzgebung mehr und mehr der Kontrolle der Nation entzogen. Die öffentliche Wahldiskussion macht der geheimen parlamentarischen Rekrutierungsarbeit Platz. Die Parteimachinen und die Großfinanz teilen sich in die Macht. Den ersten die Stellen, der zweiten die fruchtbringenden Gesetze. Die demokratischen Formen bleiben bestehen, aber es ist die auf das Demagogentum gestützte kapitalistische Oligarchie, die herrscht. Das ist die wesentliche Tatfrage, deren Wichtigkeit von denjenigen, die die sozialistische Taktik zu bestimmen suchen, kaum übersehen werden kann.

11. Wird der Sozialismus zahn gemacht werden?

Eine Regierung der Linke ohne ernsthafte Majorität, ohne bestimmtes Programm, ohne bestehenden Einfluß auf die Gesetzgebung, und die zu der Rolle der Dienerin einer mit wachsender Macht ausgestatteten Maschine entwürdig war — wäre sie wirklich ein genügender Grund, auf das in Belgien die „Demosokratie in vollen Strömen hoffe“? Man erschrickt, wenn man denkt, unsere Partei könnte zu den äußersten Opfern bereit sein, um einen derartigen Regierungsantritt vorzubereiten.

Eine antifaschistische Regierung, die mit der Hilfe der Arbeitgeberpartei leben würde, müßte diese zu der Rolle eines bloßen linken Flügels der liberalen Partei herabwürdigen. Um sich davon zu überzeugen, ist es nicht einmal nötig, daß man die Geschichte des französischen Blocks studiert oder daß man sich die siegreiche Kritik ins Gedächtnis ruft, die der Marxismus an der Politik der Teilnahme an der Regierung geübt hat. Man braucht sich nur anzusehen, welche Konzessionen die Sosialisiten schon jetzt machen, sogar bevor sich die Laschaffen vollzogen haben. Danach kann man sich über das ein Urteil bilden, was sie zu tun genötigt sein würden, wenn sie wirklich einmal vor den „schwierigen Aufgaben der Regierung“ stünden.


Man lehnt die Teilnahme an der Regierung nicht ab, trotz der Amsterdamer Resolution, die ausdrücklich sagt, daß die Sozialdemokratie keine Teilnahme an der Regierung in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung annehmen kann, und die man wie eine bedingte Genehmigung interpretiert. Einige unserer Genossen wollen sich sogar schon in diesem Jahre dafür entscheiden, wenn die liberale Regierung bei den letzten Wahlen gestürzt worden wäre; andere hingegen glauben, es sei besser, zu warten und die Ereignisse kommen zu lassen, ohne sich endgültig auszusprechen. Aber auch bei diesen, zu denen auch unter Genossen Bauernverde gehört werden muß, besteht keine tiefe Abneigung gegen die Teilnahme, unter der Bedingung, daß die Partei eine zu ihrer parlamentarischen Stärke in Verhältnis stehende Anzahl von Ministerien erhält und daß die Kombination sich mit der Bildung der Partei vollzieht. Es handelt sich also für diese Genossen im Grunde nur darum, darauf zu warten, daß man uns unseren Anteil reichlich genug bemisst, als ob die Annahme von vier oder fünf Ministerpostenfüllung und mehr Unabhängigkeit übrig ließe als die eines einzigen!

Man verwirft ebenso wenig den Gedanken, für das Budget, ja sogar für das Kriegsbudget zu stimmen. Wenn wir das nicht tun, so erklärt man uns, so würden die Kredite doch angenommen werden, und zwar unter einer neuen Regierung; unsere Handlung hätte also nur den Wert einer Gebärde. Nun eben — die Zustimmung zum Budget wäre eine Gebärde der Demütig-
gung, ein Zeichen der Machtlosigkeit, der Beweis, daß die Unabhängigkeit der Sozialisten gegenüber dem Ministerium nötigenfalls bis zur Erfüllung der antisozialistischen Aufgabe par excellence geht, bis zu der — freiwillig an der Stelle des Bourgeois selbst gemachten — Gebärde, durch die der Proletarier zur Verteidigung der kapitalistischen Interessen in die Reserve geschickt wird.

Nun — wir wollen das Thema nicht weiter verfolgen und lediglich konstatieren, wie allgemeiner Natur das Argument ist, durch das man im voraus die Zustimmung zum Budget zu entschädigen versucht. Es besteht sich ohne Unterschied auf alle Vertrauensabstimmungen, da die Verweigerung des Vertrauensvotums den Sturz des bis dahin unterstützten Ministeriums hebeln würde, das man als besser als seinen Konkurrenten betrachtet, eben weil man es unterstützt hat. Da kann man jedesmal erwarten, daß dieselbe abgelehnte Maßregel oder eine noch schlimmere nächster unter der Bedingung des neuen Ministeriums angenommen wird, das die Regierung ergeht wird. Unsere Genossen wären also genötigt — und das ist der wesentliche Punkt, auf den es mir ankommt —, immer für das Vertrauen zum antiklerikalen Ministerium zu stimmen, das heißt also, sich in deffen reguläre Armee einverleiben zu lassen. Das würde den Verzicht nicht nur auf jede Unabhängigkeit, sondern auch auf jede Autonomie bedeuten.

Ich kenne den Einwand, den man gegen diese Schlussfolgerung vorbringen pflegt. Man sagt: Jawohl, wir werden das Ministerium unterstützen und ihm unser Vertrauen schenken, aber Zug um Zug; es soll uns im Laufe der Zeit die von uns im voraus bestimmten Reformen schenken, Wenn es seine Verpflichtungen nicht hält, so werden wir es seinem Schicksal überlassen. Wir werden sogar — so fügt man manchmal hinzu — das neue Ministerium unterstützen, das an seine Stelle treten wird, wenn es uns ebenfalls dieselben Vorteile versprechen will.

Das ist es, was man, glaube ich, die Politik der "freien Hand" nennt. Das soll die neue Taktik sein, die unsere parlamentarische Aktion endlich praktisch und positiv gestalten soll.


Und was wäre denn das politische Schauspiel, das unser Land bieten würde? Rechts eine bürgerliche klerikale Partei, die eine große, in dem Reife ihrer sozialen Einrichtung gefangene christliche Arbeiterdemokratie unterdrückt hält. Links eine antiklerikale bürgerliche Partei, die die sozialistische Partei im Schlepptau führt und sich bemüht, den Teil des Proletariats unter Joch zu bringen, den die Kirche nicht hat verloren können.

Diese beiden Gruppen würden hartnäckig um die Vorzüge der Macht kämpfen und sich diese abwechselnd gegenständig entrissen; die alte klerikos-liberale Schaukel würde wieder zu funktionieren anfangen, mit dem Unterschied freilich, daß es diesmal die Proletarier wären, die in den beiden Lagern für die Sache ihrer Meister kämpfen würden.

12. Schluß.

Ich habe mir im Laufe dieser Abhandlung so viel wie möglich theoretischer Erörterungen enthalten. Es kam mir nur darauf an, einen bescheidenen monographischen und dokumentarischen Beitrag zur Geschichte des Revolutionsismus zu liefern. Ich habe mir geschütet, an das schwierige Problem des Revolutionismus überhaupt, seiner Folgen und insbesondere seiner so tiefen und schwer zu entwirrenden Ursachen heranzutreten.

Meine Schlußfolgerungen werden also recht begrenzt sein, und ich glaube nicht daran, sie auf andere Länder als Belgien zu übertragen. Ich überlasse es jedem, für sich selber darüber zu urteilen, inwieweit sie auch anderswo Geltung haben.

Wir haben gesehen, daß die belgische Arbeiterpartei glorreiche Tage mit erlebt und sobald — seit etwa zehn oder zwölf Jahren — eine Periode des Stagnierens, um nicht zu sagen des Rückgriffes durchgemacht hat.

Die ersten Siege der Arbeiterpartei sind ohne Frage der engen Verbindung zu verdanken, in der sie zu der gesamten Organisation der Arbeiterschaft stand. Sie war der unmittelbare Ausdruck, der Seele des Proletariats. Mehr als irgend eine andere nimmt sie an dem elementaren Leben ihrer Masse teil, und auf die große Bewegung, die 1868 die ganze Arbeiterwelt auftrittete und überall den Sozialismus in Flammen brachte, reagierte sie kräftiger und schneller durch eine nahezu stetige Tätigkeit.

Die Arbeiterbewegung nahm einen kleinlich-materiellen Zug an, sie suchte überall nur nach kleinen Gewinnen, kleinen Reformen, kleinen Vorteilen innerhalb des bürgerlichen Milieus. Unstatt daß sie die Welt nach ihrem Bild umgestaltete, bildete sie sich selbst nach dem Vorbild des kapitalistischen Welt um. Ihre Genossenschaften wurden Kreuzerinnen, ihre Politik ging bei den bürgerlichen Parteien in der Schule. Das namte man die Ira des "praktischen Geistes", die Ira der "Verwitterungen". Man sehe sich diese Verwitterungen an:

Unser Proletariat bleibt das elendeste aller großen industriell inden Länder, seine Arbeitszeit bleibt die längste, seine Löhne steigen kaum genug, um die Vereinung der Lebensnotwendigkeiten wieder wettzumachen.

Unsere Gewerkschaftsbewegung bleibt die schwächste, die unsicherste, die am wenigsten fähige, die Löhne zur Zeit der Krise zu verteidigen, die am meisten unter den Schranken der wirtschaftlichen Konjunktur leidende. Während der Depressions von 1908 ging sie stärker zurück als die irgend eines anderen Landes, Finnland und Ungarn, wo die politische Tyrannie herrschte, und ein paar Balkanstaaten ohne bedeutende Arbeiterbewegung allein ausgenommen.

Unsere Genossenschaftsbewegung hat ebenfalls einen relativen Rückschritt zu verzeichnen. Ihre Zentraleinrichtungen entwickeln sich mit einer Langsamkeit, die einen zum Verweifen bringt könnte.

Seit zehn Jahren ist unsere parlamentarische Vertretung nicht gewachsen, unsere lokale Vertretung scheint eher zurückgegangen zu sein, der Zahl der sozialistischen Stimmen hat sich relativ und absolut vermindert.

Unsere Arbeitsverhältnisse sind nicht die der letzten Jahrhunderte, die es gibt. Van der Elst konstatiert, daß sich das Tempo ihrer Fortschritte seit 1894, als 28 Sozialisten mit einem Schlag in die Kammer brangen, verlangsamt hat.

Unsere allgemeine Gesellschaft, die früher als der liberalen Welt galt, ist auf dem besten Wege, einer der ersten Reaktionen zu werden. Wir haben weder das gleiche Wohlfahrtsrecht noch die Schulpflicht, und der Artikel 910 des Strafgesetzbuchs hemmt in Standeslicher Weise das Koalitionsrecht.

Und endlich — und daß ist es, was ich Ihnen anführe — hat der Sozialismus gegenüber einer sich dermütigen Krise des Parlamentarismus, anstatt daß er durch eine ausgeprägte proletarische Politik dagegen reagieren würde, das Vertrauen zu seiner autonomen Kraft verloren, er biebert sich den Liberalen an, er läßt sich von ihnen zu einer rein antiklerikalischen Aktion hinreißen und ist damit bedroht, morgen in einem Block der Linien unterzugehen, als Agent und Teilnehmer der kapitalistischen Staatsgewalt.


Aber man soll den Mut haben, schwierige Situationen fest ins Auge zu fassen, das Abl eine festzustellen, nicht um darüber zu jammern, sondern um seiner Rückkehr vorzubeugen. Das ist das sicherste Mittel, die Siege von morgen vorzubeugen.

Und ich lege Gewicht darauf, hier laut zu erklären, daß schon neue Siege in Sicht sind und daß die Methoden, mit deren Hilfe sie verwirklicht werden sollen, schon ein deutlicheres, feisteres Aussehen gewinnen.

Es tritt eine Strömung zur Reorganisation der belgischen Arbeiterbewegung nach modernen Methoden zutage, und zwar in besonders sichtbarer Form in den Gewerkschaften. Die Reaktion gegen den politischen Revisionismus nimmt mehr und mehr eine deutliche Form an. Sie wird erst von einer Minorität der Partei unterführt, aber es ist eine tätige, wachsende Minorität, die entschlossen ist, zur Majorität zu werden.

Das Studium dieser Bewegung der sozialistischen Reaktion gegen den kurzfristigen Reformismus würde einen Artikel für sich beanspruchen. Es ist noch nicht an der Zeit, ihn heute zu schreiben. Man muß abwarten, bis sich die Bewegung entwickelt hat, bis sie ihre Feste gezeitigt hat. Erst dann wird sie einige internationale Bedeutung beanspruchen können. Bis dahin müssen wir uns damit begnügen, ihre Existenz und ihre Lebenskraft zu betonen.